



jus**alumni**

M a g a z i n

01/2013



**Berufsbild im Wandel der Zeit:
Rotation schafft Einblicke**

**Arbeitsmarkt und Beschäftigung 2013plus
Compliance wird zum „Muss“**

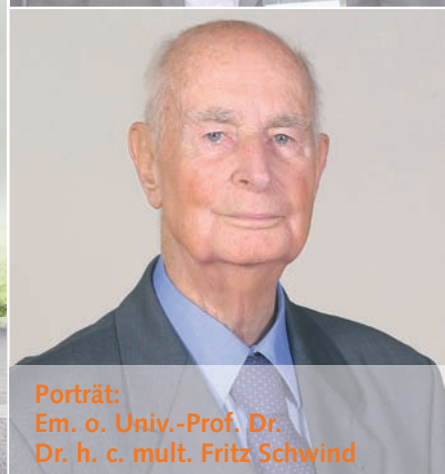
Recht und Beruf



Stress per Gesetz bekämpfen?
Prof. Dr. Rotraud A. Permer



Im Gespräch:
Dekan o. Univ.-Prof.
DDr. Heinz Mayer



Porträt:
Em. o. Univ.-Prof. Dr.
Dr. h. c. mult. Fritz Schwind



Umsteigen und aufsteigen mit jurXpert.
Die Komplettlösung für Ihre Kanzlei.

Aktuelle Angebote unter:
jurXpert.lexisnexus.at



I ♥ BARCELONA
CHICAGO · DOHA
FRANKFURT · KAIRO
LONDON · MOSKAU
PEKING · PRAG · RIO
SINGAPUR · SYDNEY
TOKIO · WIEN · ZÜRICH

MEIN ARBEITSPLATZ: DIE WELT.

BAKER & MCKENZIE

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

Baker & McKenzie • Diwok Hermann Petsche Rechtsanwälte GmbH
Claudia Mahrer, Schottenring 25, 1010 Wien, Telefon: +43 (0) 1 24 250 462
E-Mail: claudia.mahrer@bakermckenzie.com, www.bakercareers.at

Diwok Hermann Petsche Rechtsanwälte GmbH ist ein Mitglied von
Baker & McKenzie International, einem Verein nach dem Recht der Schweiz.



Inhalt

Mitglieder-Echo

4 Kontakte knüpfen mit jus-alumni

Im Gespräch

5 Porträt. Em. o. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Fritz Schwind

6 Interview. Dekan o. Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer: Rotation schafft Einblicke

Rechtsgeschichte

8 Berufsbild. Im Wandel der Zeit.

Recht und Beruf

9 Disziplinarrecht. Richter – Rechtsanwälte.

10 Staatsanwaltschaft. Justiz & Rechtsanwaltschaft.

11 Richter. Veränderung schafft Motivation.

12 Justiz & Polizei. Auf Herausforderungen des 21. Jhdts. vorbereitet?

13 Notariat. Steuerberater & Wirtschaftsprüfer.

Compliance

14 Politik. Compliance wird zum Muss.

15 Unternehmen. Warum ist Compliance wichtig?

Karriere

16 Karrierefaktor. Postgradualer Master.

17 Förderung. Studienbegleitend arbeiten.

Arbeitsrecht

19 Psyche. Prof. Dr. Rotraud A. Perner zum „Antistress-Gesetz“.

20 Änderungen. Arbeitslosenversicherungsrecht 2013.

21 Umgestaltung. Altersteilzeit ab 2013.

Arbeitsmarkt

22 Arbeitsmarktlage. Karriere-Chancen für Juristinnen und Juristen 2013.

jus-alumni Interna

18 Veranstaltungshinweise. Nachlese.

Liebe jus-alumni Mitglieder, liebe Leserinnen, liebe Leser!

Der Wandel als steter Begleiter von Epochen, Gesellschaften und Berufen: Wie verändert(e) sich das Berufsbild der Juristinnen und Juristen im Laufe der Zeit? Was fordert die Zukunft? Wir haben namhafte Expertinnen und Experten gebeten, uns ihre Sicht darzulegen. Auf Seite 8 gibt es einen rechtshistorischen Überblick über die lange und beachtliche Tradition des Studiums der Rechtswissenschaften an der Universität Wien seit 1402. Auf den Seiten 9 bis 13 finden Sie kurze Statements über die klassischen Rechtsberufe und die Polizei.

Compliance wird zum Muss. Sowohl in Unternehmen als auch im Verhältnis der Wirtschaft zu Politik und Verwaltung. Was darf ich noch? Was ist vielleicht legal, aber trotzdem unanständig? Antworten dazu lesen Sie ab der Seite 14. Karrierefaktoren – wie berufsbegleitend studieren oder ein postgradualer Master – beleuchten wir ab Seite 16. Wie die Arbeitsmarktlage und die Karriere-Chancen für Juristinnen und Juristen 2013 aussehen, lesen Sie auf Seite 22.

Das Jahr 2013 hat auch wieder einige Änderungen im Arbeitsrecht mit sich gebracht (ab Seite 19). Wir haben Frau Prof. Dr. Rotraud A. Perner, u.a. Psychoanalytikerin und Juristin, um ihre Meinung zur Novellierung des ASchG und des ArbZG 1993 gefragt: Kann man Stress per Gesetz bekämpfen? Ebenfalls dürfen wir Sie auf Änderungen im Arbeitslosenversicherungsrecht und bei der Altersteilzeit aufmerksam machen.

Mit dem Porträt auf Seite 5 gratulieren wir Herrn em. o. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Fritz Schwind, emeritierter Professor für Bürgerliches Recht und Internationales Privatrecht, zu seinem 100. Geburtstag, den er am 1. Juni feiert. Herr Dekan o. Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer spricht im Interview über „Recht und Beruf“, u.a. über die möglichen Wege, eine universitäre Karriere anzustreben.

Wir hoffen, es sind viele interessante Inhalte für Sie in diesem Heft. Unser Ausblick auf die kommende Ausgabe: Recht und Versicherungen/Vorsorge.

Herzlichst, Ihre



(Handwritten signature of Mag. Manuela Taschlmar)

Mag. Manuela Taschlmar
Chefredaktion



(Handwritten signature of Mag. Inge Tiefenbacher)

Mag. Inge Tiefenbacher
Geschäftsführung jus-alumni

powered by



Impressum

Medieninhaber & Verleger: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co. KG, Marxergasse 25, 1030 Wien, Tel: 01/534 52-0, Fax: 01/534 52-141, **Geschäftsführung:** Mag. Peter Davies, MBA, **Abbonentenservice:** Tel: 01/534 52-555, Fax: 01/534 52-141, **Herausgeber:** jus-alumni Verein der Absolventinnen und Absolventen der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, c/o Juridicum, Universität Wien, Schottenbastei 10 - 16, 1010 Wien, GF Mag. Inge Tiefenbacher, **Chefredaktion:** Mag. Manuela Taschlmar; manuela.taschlmar@lexisnexis.at; **Erscheinungsweise:** 4x jährlich, **Anzeigen:** Alexander Mayr, 01/53452-1116; anzeigen@lexisnexis.at, Anzeigenpreise lt. Mediadaten, einsehbar auf www.lexisnexis.at, **Layout & Gestaltung:** Robert Schlenz, **Druck:** Prime Rate GmbH, Budapest, Preis: Jahresabonnement 2013: € 24,- (inkl. USt, exkl. Versandkosten), Einzelheft: € 6,50 (inkl. USt, exkl. Versandkosten). **Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz:** LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG: 100% Reed Elsevier. **Grundlegende Richtung:** das jus-alumni Magazin sieht sich als unabhängige und unparteiische Plattform für Juristinnen und Juristen, insbesondere für Absolventinnen und Absolventen der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Ziel ist es, den Leserinnen und Lesern der Zeitschrift unabhängige, aktuelle Informationen aus allen Bereichen, die für Juristinnen und Juristen in allen Berufen von Interesse sind, näherzubringen. Weiteres Ziel ist es, den Gedanken von jus-alumni zu verbreiten. **Autorinnen/Autoren und Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. **Titelfotos:** LexisNexis, **Fotos:** LexisNexis, fotalia, Grafik Seite 7: Nach: Kreckel, Reinhard (Hg.), Zwischen Promotion und Professur. Das wissenschaftliche Personal in Deutschland im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien, USA, Schweden, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz, Leipzig: Akademische Verlagsanstalt 2008.

Kontakte knüpfen mit jus-alumni

Mitglieder sind am Wort

Treuebeweis zur Fakultät

Warum sind Sie Mitglied bei jus-alumni und was zeichnet für Sie das jus-alumni Magazin aus?

Die Mitgliedschaft bei jus-alumni ist für mich zum einen eine Art Treuebeweis zur Fakultät, zum anderen aber auch eine gute Vernetzungsmöglichkeit mit Gleichgesinnten. Es macht einfach Spaß, Weggefährten aus dem Kreis der Studienkolleginnen und -kollegen, aber auch Professorinnen und Professoren wiederzutreffen. Das jus-alumni Magazin ist immer wieder eine angenehme Lektüre, um ein wenig über den Tellerrand zu blicken.

Wie ist Ihre berufliche Laufbahn nach dem Studienabschluss bisher verlaufen und welche Pläne haben Sie für die Zukunft?

Meine Berufslaufbahn begann 1990 als Fremdenpolizeireferent im BMI. Weitere Stationen waren die Bgld. Landesregierung und die Sicherheitsdirektion NÖ. Ab 1999 war

ich zehn Jahre lang Stv. Sicherheitsdirektor für das Burgenland. In dieser Funktion war ich zugleich Leiter der Kriminalpolizei. Da man sich aber von Zeit zu Zeit verändern sollte, bewarb ich mich beim Rechnungshof. In meiner ersten Funktion war ich Prüfer für den Bereich Justiz und Inneres, seit November 2012 bin ich Stv. Leiter der Abteilung Äußeres und Verteidigung.

Sie sind seit 2009 Prüfer beim Österr. Rechnungshof. Mit welchen Fragestellungen sind Sie hauptsächlich befasst?

Der Rechnungshof prüft als Oberste Rechnungs- und Gebarungskontrollbehörde nach den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Meine Prüffragen waren bisher überwiegend Themen aus dem Vollziehungsbereich des Bundes, z.B. der Maßnahmenvollzug bei geistig

abnormen Rechtsbrechern, die Kosten der medizinischen Versorgung im Strafvollzug, die Vergabepolitik des BMI. Als sog. „Gastprüfer“ war ich an der Prüfung der Gemeinde Fohnsdorf und der Gemeindeaufsicht Steiermark beteiligt. Derzeit arbeite ich an einer Prüfung im Bereich des Bundesheeres. Bisher waren alle Themen ziemlich spannend. Man muss aber immer bereit sein, sich in völlig neue Wissensgebiete einzuarbeiten.



Mag. Thomas Schindler
Stv. Abteilungsleiter im
Österreichischen Rechnungshof.

th.schindler@bkf.at

Breites berufliches Einsatzgebiet

Warum sind Sie Mitglied bei jus-alumni und was zeichnet für Sie das jus-alumni Magazin aus?

Ich bin seit rund einem halben Jahr Mitglied bei jus-alumni und finde das alumni-Magazin eine gelungene Mischung aus Nachrichten über ProfessorInnen der Fakultät, über gesetzliche Neuerungen sowie aktuelle wissenschaftliche Publikationen. Auch finde ich die Kurzportraits über neue Mitglieder sehr interessant – diese geben einen guten Überblick über das breite berufliche Einsatzgebiet der AbsolventInnen.

Wie ist Ihre berufliche Laufbahn nach dem Studienabschluss bisher verlaufen und welche Pläne haben Sie für die Zukunft?

Nach Absolvierung des Gerichtsjahres war ich an der Wirtschaftsuniversität in verschiedenen Assistenzfunktionen im Hoch-

schulmanagement tätig. 2008 absolvierte ich ein Masterstudium „European Studies“ am University College Dublin. Danach war ich als Projektleiterin in einem Qualitätssicherungsprojekt an der WU (2009) sowie als Parlamentarische Assistentin im Europäischen Parlament in Brüssel tätig (2010). 2010 übernahm ich an der Fachhochschule der WKW die Leitung der Abteilung Qualitätsmanagement & Studienzentrum, um im Februar 2013 in die Industriellenvereinigung zu wechseln. Seit 2012 bin ich auch Board-Mitglied der Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung Austria.

Sie sind in der Industriellenvereinigung im Bereich Bildung, Forschung und Innovation beschäftigt. Mit welchen Fragestellungen sind Sie hauptsächlich befasst?

Ich bin seit Mitte Februar 2013 als Expertin

für Hochschulpolitik tätig und beschäftige mich mit der Weiterentwicklung des österreichischen Hochschulwesens (Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen). Wesentlich aus Sicht der Industriellenvereinigung ist es, die Institutionen des tertiären Bildungssystems in die Lage zu versetzen, eine größere Anzahl von hoch qualifizierten AbsolventInnen hervorzubringen.



Mag. Gudrun Feucht ist
Expertin für Hochschulpolitik bei der Industriellenvereinigung.

g.feucht@iv-net.at

Fritz Schwind wird 100

Em. o. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Fritz Schwind, emeritierter Professor für Bürgerliches Recht und Internationales Privatrecht, feiert am 1. Juni seinen 100. Geburtstag. Die Fakultät für Rechtswissenschaften gratuliert Prof. Schwind herzlich.

Fritz Schwind studierte Rechtswissenschaften in Wien und München und promovierte 1936 an der Universität Wien. In den ersten Publikationen und in seiner 1939 in Gießen vorgelegten und approbierten Habilitationsschrift mit dem Titel „Zur Frage der Publikation im römischen Recht“ widmete sich der Jubilar dem antiken Recht. Bis 1941 war Schwind gemeinsam mit dem ebenso berühmten Rechtsvergleicher Günther Beitzke Assistent an der Universität Gießen. Während des zweiten Weltkriegs leistete Schwind seinen Wehrdienst in einer Dolmetscher-Einheit in Italien. Nach Ende des Krieges schlug Schwind die Richterlaufbahn ein und wechselte nach kurzer Zeit in das österreichische Bundesministerium für Justiz. Im Jahr 1946 nahm Schwind wieder seine schriftstellerische Tätigkeit auf und wandte sich der Rechtsvergleichung und dem Internationalen Privatrecht zu. 1949 wurde Schwind außerordentlicher Professor für römisches und bürgerliches Recht an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. 1950 publizierte er das vielbeachtete Werk „Römisches Recht“, sowie 1951 seinen Kommentar zum österreichischen Eherecht.

Neben seiner Tätigkeit an der Universität Wien wirkte Schwind als ehrenamtlicher Konsulent des Justizministeriums zum ausländischen und internationalen Privatrecht. In den folgenden Jahren wurde er vom BMJ als Delegierter, später auch als Delegationsleiter, auf internationale

Konferenzen entsandt. 1955 wurde Schwind zum ordentlichen Universitätsprofessor für bürgerliches und internationales Privatrecht an der Universität Wien ernannt und zum Vorstand des von ihm initiierten Instituts für Rechtsvergleichung bestellt. Neben seiner Tätigkeit in Forschung und Lehre übte Schwind hohe fakultäre und universitäre Ämter aus. So war er in den Studienjahren 1956/57 und 1964/65 Dekan der juristischen Fakultät und in dem für die Geschichte der europäischen Universitäten schicksalhaften Studienjahr 1967/68, Rektor der Universität Wien. Der Jubilar war zudem Mitglied des Ständigen Schiedshofes in Den Haag und Präsident des Österreichischen Juristentages und ist wirkliches Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Zahlreiche Universitäten zeichneten ihn mit der Ehrendoktorwürde aus.

Wissenschaftlich wandte sich Fritz Schwind nach seiner Berufung an die Universität Wien dem Privatrecht, der Rechtsvergleichung und dem Internationalen Privatrecht zu. Durch seine richtungweisenden Publikationen, von denen insbesondere sein „Handbuch des Österreichischen Internationalen Privatrechts“ aus 1975 und das Lehrbuch „Internationales Privatrecht“ weit über die Grenzen Österreichs Beachtung fanden, und der Erarbeitung des Schwindischen Kodifikationsentwurfs eines österreichischen IPR-Gesetzes, ist er der Doyen des Österreichischen Internationalen Privatrechts. Auch nach seiner Emeritierung blieb Prof. Schwind der Rechtswissenschaft verbunden. So hielt er anlässlich einer Festveranstaltung zur 50-Jahre-Feier „seines“ Internationalen Privatrechtsgesetzes einen vielbeachteten Vortrag. Vor wenigen Monaten hatte ich die Freude, gemeinsam mit ihm und meinem geschätzten Lehrer Prof.

Hans Hoyer eine Festschrift für die von Prof. Schwind gegründete Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung (ZfRV) herausgeben zu dürfen.

Prof. Schwind ist jedoch nicht nur ein herausragender Rechtsgelehrter und Berater des Gesetzgebers, sondern beeindruckt insbesondere durch seine menschliche Größe. Die Herausgeber der Festschrift für Fritz Schwind zum 80. Geburtstag haben dies treffend mit folgender Formulierung beschrieben: „Fritz Schwind ist ein Herr, als Universitätslehrer, als Rechtswissenschaftler, vor allem als Mensch. Was heißt es, Herr zu sein? Es impliziert Aufgeschlossenheit, Großzügigkeit, Selbstsicherheit gepaart mit Toleranz, ein Über-den-Dingen-des-Alltags-Stehen, in guten und schlechten Tagen; es ist Ausdruck echter menschlicher Größe.“

Ad multos annos

Der Autor:

Univ.-Prof. Dr. Helmut Ofner, LL.M. ist Institutsvorstand am Institut für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung, Abteilung für Rechtsvergleichung, Einheitsrecht und IPR, sowie Vize-Studienprogrammleiter der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.



Em. o. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Fritz Schwind
emeritierter Professor für Bürgerliches Recht und Internationales Privatrecht, feiert am 1. Juni seinen 100. Geburtstag.

Erfolgswachstum.



DER KARRIERESTANDARD

Sich stets weiter entwickeln, an neuen Aufgaben wachsen: Jeden Samstag im STANDARD.

3 Wochen gratis lesen:
derStandard.at/Abo oder 0810/20 30 40



Rotation schafft Einblicke

Dekan o. Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer im Gespräch mit jus-alumni Chefredakteurin Mag. Manuela Taschlmar über „Recht und Beruf“

Herr Dekan, das Studium der Rechtswissenschaften vermittelt universaljuristische Bildung und bereitet auf alle klassischen Rechtsberufe vor. Sind die Absolventinnen und Absolventen ausreichend auf die schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorbereitet?

O. Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer: Im Mittelpunkt unserer juristischen Ausbildung stehen die klassischen Rechtsberufe, wie etwa Rechtsanwalt, Richter, Notar. Diesen Bedarf wird es noch langfristig geben. Daneben gehen Juristen, wie schon bisher, verstärkt in Berufe, wo die juristische Ausbildung nur einen Teil ihrer Qualifikation ausmacht. Ich denke da an Unternehmensberatung, Banken, Berufe in Wirtschaftsunternehmen. Für diese Bereiche entwickeln wir ständig neue Angebote, zum Teil durch Kooperationen mit international renommierten Universitäten, wie etwa neuerdings mit der Hong Kong City Universität. Wir haben auch Kooperationsabkommen mit russischen Universitäten und allen wichtigen Universitäten Europas und aus Übersee.

Das trifft auf das Diplomstudium zu?

Das Grundstudium bzw. das Grundgerüst ist für alle gleich. Das muss auch so bleiben. Zusätzlich können sich alle Studierenden durch den Besuch von Wahlfachkörben, Auslandsseminaren, Lehrgängen, internationalen Sommer Schulen und Ähnlichem auf speziellen Gebieten vorbereiten. Wir empfehlen das auch sehr.

Ist der Anwalt der Zukunft ein Bachelor?

Nein, das – glaube ich – wäre der verkehrte Weg. Ich glaube, dass der Anwalt der Zukunft besser ausgebildet sein und noch höheren Anforderungen entsprechen muss, als in der Vergangenheit.

Die Rechtsordnung wird immer komplizierter. Wir haben immer mehr internationale Verflechtungen. Es wird in verstärktem Ausmaß notwendig sein, ausländische Rechtsordnungen und Europarecht zu kennen. Europarecht spielt nur in wenigen Bereichen überhaupt keine Rolle. Das heißt, es wäre völlig verkehrt, auf diese Entwicklung mit einer Verkürzung des

Studiums zu reagieren. Für uns Juristen wäre das eine Sackgasse. Wer in Österreich ein dreijähriges Rechtsstudium absolviert, kann weder die juristischen Kernberufe ergreifen noch das Gerichtsjahr machen, denn das setzt ein vierjähriges Studium voraus.

In einigen Ländern ist der Bachelor of Laws der Standardabschluss in den Rechtswissenschaften und ermächtigt zur gerichtlichen Vertretung und zur Rechtsberatung...?

Wir haben in Österreich eine sehr hohe Rechtskultur und eine in internationalem Vergleich sehr gediegene Ausbildung unserer Juristen. Das wollen wir beibehalten, weil davon auch das Funktionieren des Rechtsstaates abhängt. Je gründlicher jemand ausgebildet ist, desto besser kann er mit neuen Herausforderungen umgehen. Es gibt auch andere Strömungen, wo man die Mitglieder rechtsberatender Berufe eher als Facharbeiter sieht, das wollen wir nicht. Wir wollen keine Leute, die ein paar Paragraphen auswendig gelernt haben und dann ihre Arbeit wie bessere Sachbearbeiter erledigen.

Vergleich USA – Österreich?

In den USA gibt es Eliteuniversitäten, die hervorragende Juristen ausbilden. Das ist ein ganz anderes Ausbildungssystem: Stark verschult, teuer und sehr intensiv. Man kann unter Umständen in drei Jahren das bewirken, was man bei uns in vier Jahren bewirkt. Unser Studienrecht räumt den Studierenden sehr große Freiräume ein. Diese nutzen sie leider über Gebühr und oft nicht sinnvoll. Viele möchten ihre Prüfungen mit möglichst wenig Arbeitseinsatz erledigen und denken nicht daran, dass sie einmal von dem, was sie lernen könnten und sollten, leben müssen. Aber wir haben keine Möglichkeiten, sie zu ihrem Glück zu zwingen. Wer den leichtesten Weg durchs Studium wählt, wird nicht sehr gut ausgebildet sein und somit wenige Chancen am Arbeitsmarkt haben.

10 bis 15 % sehr erfreuliche Ausnahmen wissen genau, was sie wollen und nutzen die Angebote der Fakultät im Laufe des Studiums reichlich. Ich hoffe auch sehr zu ihrem Vorteil.

Wie fördern Sie den wissenschaftlichen Nachwuchs an der Fakultät?

Wir haben mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs insofern Probleme, als wir in zunehmendem Maße kurz befristete Mittelbaustellen haben. Das bedeutet, dass wir nach vier Jahren sehr viele gute und erfolgversprechende Leute verlieren, weil sie an der Universität keine Zukunft sehen.

Hier schlägt sich die Budgetknappheit brutal nieder. Dadurch entsteht mittelfristig ein großes Problem für die Publikationsleistungen der Fakultät, die zu einem hohen Anteil von Mittelbauangehörigen getragen werden. Es versteht sich von selbst, dass diese in den ersten vier Jahren nicht sehr viel publizieren, weil dafür einige Jahre an wissenschaftlicher Arbeit Voraussetzung sind. Und dann müssen sie im Regelfall die Universität verlassen. Wir verlieren viele, bevor wir die literarische Frucht ernten könnten.

Woran liegt es, dass sie nur befristete Verträge abschließen können?

Die Befristung ist ein geringeres Problem als die Kürze der Befristung und die Gefahr von Kettenarbeitsverträgen. Wir kommen in Situationen, in denen wir uns von Mitarbeitern aus dem wissenschaftlichen Bereich trennen müssen. Das Verbot der Kettenarbeitsverträge ist auch die Entwicklung im Arbeitsrecht.

In Deutschland ist es wesentlich einfacher: Ein wissenschaftlicher Assistent muss nach einigen Jahren die Universität verlassen, er kann aber das Bundesland wechseln. Nur ein kleines Problem, da es viele juristische Fakultäten gibt. Wir hingegen haben insgesamt nur fünf. In Österreich ist es somit schwieriger, an einer anderen Universität weiterzuarbeiten.

Man muss also sehr mobil sein?

Ja, man sollte sehr mobil sein. Doch bei uns ist Mobilität sehr unterentwickelt. Die Bereitschaft, Wien zu verlassen, ist kaum vorhanden. Etwas höher scheint die Bereitschaft zu sein, nach Wien zu kommen.

Was kann jemand tun, die oder der sich am Institut etablieren will?

Eine universitäre Karriere kann man nicht planen, weil sie von zukünftigen Planstellen, aber auch von Zufällen abhängt. Wenn das jemand mittel- oder langfristig will, dann halte ich es für sinnvoll, nach dem Studium ins Ausland zu gehen oder in die Praxis zu wechseln und daneben wissenschaftlich zu arbeiten. Wir werden unseren Nachwuchs in zunehmendem Maß auch nach praktischen Erfahrungen beurteilen, vor allem in den Fächern des modernen Rechts.

Man kann sich auch als Anwalt habilitieren. Anwälte bringen zusätzliches Wissen mit. Das prädestiniert sie auch für spätere Berufungen. Vor Kurzem ist das in meinem Bereich einem Anwalt gelungen. Die klassische Karriereautomatik der Hausberufung, das heißt hier studieren, Assistent sein und Professor werden, wird es in Zukunft nur in Ausnahmefällen geben.

der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte fördern zu wollen, sodass sie „aus eigener praktischer Erfahrung wissen, wie die Wirtschaft funktioniert“. Wie groß ist das Manko?

Ich halte es für notwendig, dass Richter im Laufe ihres Berufslebens gelegentlich die Fächer wechseln. Das heißt, Strafrichter sollten beispielsweise einige Zeit als Handelsrichter tätig sein oder Zivilrichter als Strafrichter. Es ist international auch so üblich. Rotation schafft Einblicke in verschiedene Rechtsbereiche. Strafrichter, die einmal Handelsrichter waren, werden sich bei Wirtschaftsdelikten wesentlich leichter tun als Strafrichter, die immer nur im Strafrecht tätig waren. Bei uns ist dies leider nicht üblich.

Wie ist Ihre Meinung zu den Erhebungs- und Erledigungszeiträumen in Wirtschafts- und Wirtschaftsstrafsachen?

Das kann und will ich nicht abschließend beur-

Können sich einzelne durch ein zusätzliches Wirtschaftsstudium hervorheben?

Das kann man natürlich machen, aber es ist nicht notwendig. Ein Jurist muss bestimmte ökonomische Grundkenntnisse besitzen, um zu wissen, welche Fragen er den Experten stellen muss. Das ersetzt jedoch nicht die Experten auf diesem Gebiet. Man braucht eher eine gezielte und spezielle Ausbildung für Wirtschaftsanwälte und Staatsanwälte in Wirtschaftssachen. Das kann die Universität gemeinsam mit der Justiz durchaus bieten.

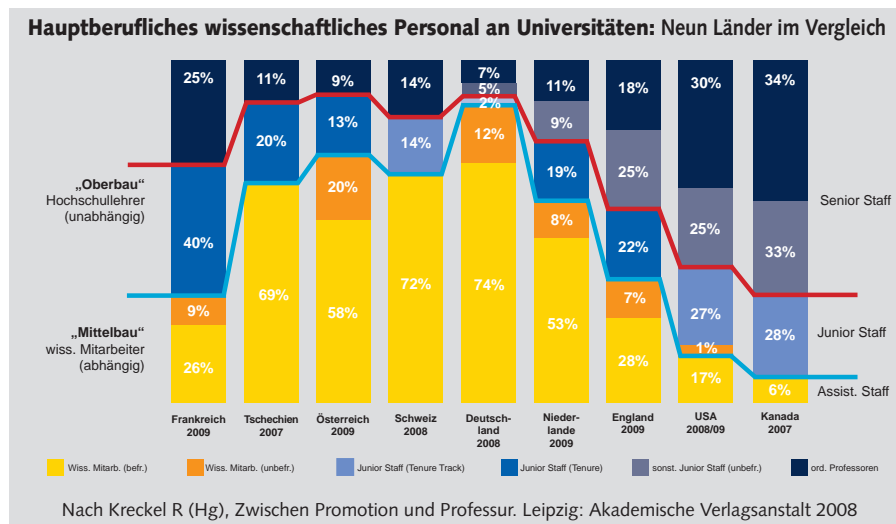
Woran könnte es liegen, dass manche (Vor-)Verfahren sehr lange dauern? Im Falle von YLine elf Jahre. Sind das akzeptable Zeiträume?

Es ist so unangenehm wie unerfreulich und dient auch nicht der Effizienz der Strafverfahren. Nach zehn Jahren haben viele Zeugen vieles vergessen oder sind gar verstorben. Allerdings sind in keinem Land der Welt komplizierte Wirtschaftsverfahren so rasch abzuwickeln wie Besitzstörung. Hinzu kommt unser hoher Standard an Rechtsschutz. Man kann im Laufe eines Verfahrens viele Verfügungen der Richter bekämpfen, und dies dauert seine Zeit. Sehr viele Personen, gegen die ermittelt wird, nützen alles aus, was die Rechtsordnung hergibt. Kein Wunder, wenn es länger dauert. Es dürfen aber nur jene verurteilt oder freigesprochen werden, die es sich auch verdienen.

Was sagen Sie zu der Tatsache, dass immer wieder Ermittlungsdetails an die Öffentlichkeit geraten?

Das gab es schon immer und ist unerfreulich. Ich fürchte jedoch, dass es sich nie ganz verhindern lässt. Man weiß auch nicht, wer Informationen an die Öffentlichkeit übermittelt. Es hat sich bei bestimmten Personen, die verfolgt werden, der Verdacht ergeben, dass sie gezielt Ermittlungsschritte an die Öffentlichkeit tragen, um behaupten zu können, sie erhielten kein faires Verfahren.

Herzlichen Dank für das Gespräch!



Welche Auswirkungen hat die auf fünf Monate verkürzte Gerichtspraxis?

Für die juristischen Kernberufe und insbesondere die Richterschaft ist die Verkürzung der Rechtspraktikantenzeit sehr nachteilig. Die Repräsentanten dieser Berufsgruppe fordern bei jeder Gelegenheit, diese Zeit wieder zu verlängern. Auch das Einsparungspotenzial ist im Vergleich zu den Nachteilen, die es hat, gering, vor allem für jene Personen, die Richter werden wollen. In fünf Monaten kann man den Gerichtsbetrieb nicht so gut kennenlernen. Auch die Justiz kann die Betroffenen nicht so genau kennenlernen, wie es in neun Monaten geschieht.

Justizministerin Beatrix Karl äußerte im Zusammenhang mit der am 1. Oktober 2012 in Kraft getretenen Ausbildungsverordnung für Richteramtswärterinnen und Richteramtswärter, die Qualifizierung und Spezialisierung

teilen. Als Außenstehender sehe ich, dass es sehr komplizierte Verfahren gibt. Angeblich leiden die Staatsanwaltschaften an mangelnder Wirtschaftsexpertise, weil diese ein Jurist nicht in gefordertem Ausmaß mitbringt. Sie wünschen sich Wirtschaftsprüfer und Steuerberater als Mitarbeiter. Hier dürfte es ein Manko geben. Bei komplizierteren Dingen ist es einfacher, wenn Unterstützung im Haus ist und nicht Gutachter beauftragt werden müssen. So könnte man relativ unkompliziert besprechen, was man braucht. Ich glaube nicht, dass Staatsanwälte nicht engagiert sind und trödeln, sondern dass sehr wenigen viel aufgebürdet wird.

Kann man das durch bessere Ausbildung wettmachen?

Das geht nicht von heute auf morgen. In der Vergangenheit haben wir mit Sicherheit einiges versäumt.



O. Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer ist seit 2006 Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien.

Die Wiener juristische Fakultät im Wandel

Berufsbild im Wandel der Zeit

Das Studium der Rechtswissenschaften kann an der Universität Wien auf eine lange und beachtliche Tradition zurückblicken. Eingerichtet schon bei der Gründung der Universität im Jahr 1365, nahm die juristische Fakultät 1402 ihre Tätigkeit auf – in den folgenden Jahrhunderten absolvierten viele bedeutende Persönlichkeiten ihr Rechtsstudium an der Alma Mater Rudolphina, manch eine/r blieb dann als Lehrende/r an der Wiener Fakultät.

Jedoch darf nicht vergessen werden, dass es Vielen zunächst verwehrt war, das rechts- und staatswissenschaftliche Studium zu inskribieren bzw. nach positivem Abschluss eine juristische Karriere zu verfolgen – teils rechtliche, teils faktische Hindernisse führten zur Diskriminierung besonders zweier Gruppen: der Frauen und der jüdisch stämmigen Personen.

Die „Gläserne Decke“

Erst 1919 wurden Frauen zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften zugelassen. Und auch nach ihrer Zulassung waren die Aussichten für Frauen auf eine Universitätslaufbahn, aber auch auf einen klassischen juristischen Beruf, in den folgenden Jahrzehnten sehr düster. So dauerte es noch bis 1958 bis zur Berufung der ersten ordentlichen Professorin in Wien. Die ersten Ernennungen von Richterinnen erfolgten 1942, doch betrug ihr Anteil an der Richterschaft noch bis 1970 weniger als 2 %.

Eine wissenschaftliche Laufbahn gestaltete sich auch für Juden als schwierig. Zwar waren sie nach ihrer Zulassung zur Prüfung aus kanonischem Recht 1872 den anderen

Absolventen gleichgestellt, trotzdem schafften es nur die wenigsten, wie bspw. Hans Kelsen, ein Ordinariat zu erlangen. Nach dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich 1938 begann ein dunkles Kapitel an der Universität Wien – die Entlassungen aus politischen und rassistischen Gründen zerstörten vor allem viele Karriere-, aber auch Lebenswege. Der „brain drain“, d.h. die Wegwanderung hochqualifizierter Wissenschaftler ins Ausland sowie der dadurch bewirkte Mangel an Fachvertretern an der Wiener Juristenfakultät, konnten nicht wieder behoben werden.

Zu welchem Zweck studiert man „Jus“?

Ein abgeschlossenes rechtswissenschaftliches Studium öffnet viele berufliche Wege – von Richter- und Anwaltschaft zu Verwaltung und Privatwirtschaft – neben Angebot und Nachfrage haben auch die Studienordnungen einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Berufswahl der AbsolventInnen. So war das ursprünglich gegründete Studium vor allem auf Kleriker ausgerichtet – neben dem kanonischen Recht wurde dann 1494 das römische Recht als Unterrichtsfach eingeführt. Mit dem Ausbau des Behördenapparats in der Neuzeit entdeckten die Monarchen die Rechtsfakultät als „Pflanzschule für den österreichischen Staatsdienst“ und überwachten fortan den Universitätsbetrieb. Die Einführung des Humboldt'schen Universitätsmodells mit der Lern- und Lehrfreiheit nach der Revolution 1848 führte zu einer stärkeren wissenschaftlichen Durchdringung der Rechtswissenschaften und in weiterer Folge zu deren Blüte. Übt der Staat noch bis 1981 über Staatsprüfungen und bis 1997 über ein Rechtswissenschaftli-

ches Studiengesetz unmittelbar Einfluss auf das juristische Studium aus, so wird dieses nunmehr autonom von den Universitäten gestaltet. Um jedoch gewisse Standards bei diesen zu gewährleisten und auch, um das „Problem“ der Auslandsstudien zu bewältigen, sind die Mindestanforderungen an ein Jus-Studium seit 2007/08 in den Berufsgesetzen (RStDG, RAO, NotO) geregelt.

In den letzten Jahren erfolgte eine immer stärkere Verschulung des Rechtsstudiums Hand in Hand mit einer Fokussierung auf die „Kompetenz zur Falllösung“. So erfreulich der Ausbau der dogmatischen Fächer und damit auch der vielfältigen Möglichkeiten der Vertiefung in Spezialgebiete ist, so bleibt doch zu hoffen, dass dies nicht die rechtshistorischen, -philosophischen und -theoretischen Grundlagenfächer gänzlich außer Acht lässt – schließlich sollte ein Studium auch eine möglichst umfassende, Horizonte erweiternde Ausbildung gewährleisten.



Foto: privat

Mag. iur. Kamila Staudigl-Ciechowicz ist Rechtshistorikerin, forscht und lehrt an der Universität Wien, Inst. für Rechts- und Verfassungsgeschichte (Abt. KRGO), Mitarbeit am FWF-Projekt

(P 21280) „Die Wiener Rechts- u. Staatswiss. Fakultät 1918–1938“.

Buch-Tipp

Csoklich/Scheuba (Hrsg.)

Standesrecht der Rechtsanwälte

Dieses Werk bietet verlässliche Lösungen für alle praxiserheblichen Fragen wie Rechtsformen, Einrichtung einer Sprechstelle, Zusammenarbeit mit einem europäischen oder internationalen Rechtsanwalt, Werbung, Interessenskonflikt, Verschwiegenheit, „kleine LU“, Anrechnung von Feriapraxis, Voraussetzungen für den Prüfungsantritt u.v.m.



Bestellen Sie jetzt:
versandkostenfrei unter
shop.lexisnexis.at

Wien 2010, 216 Seiten
ISBN 978-3-7007-4756-7
Preis € 39,-

Disziplinarrecht Richter – Rechtsanwälte

Richter und Rechtsanwälte können nicht so einfach gekündigt oder entlassen werden: Richter, weil sie nach der Verfassung grundsätzlich unabsetzbar sind; Rechtsanwälte, weil sie selbstständige Unternehmer sind. Dennoch muss auch bei ihnen berufliches Fehlverhalten Konsequenzen haben.

Die ca. 1650 Richter werden vor allem durch die Präsidenten der Landesgerichte und der Oberlandesgerichte kontrolliert. Treten ins Gewicht fallende Missstände zutage, wird ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Disziplinargerichte sind die Oberlandesgerichte, zweite Instanz ist der Oberste Gerichtshof (5-Richter-Senat). Es gibt keinen konkreten Deliktskatalog. Was ein Disziplinarvergehen ist, wird in § 101 Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz (RStDG) nur sehr allgemein mit der Verletzung von „Standes- oder Amtspflichten“ umschrieben. Zu diesen Pflichten führt § 57 RStDG mit großen Worten eher Selbstverständliches aus: „Richter sind der Republik Österreich zur Treue verpflichtet und haben die Rechtsordnung unverbrüchlich zu beachten“, sich mit „voller Kraft und allem Eifer“ dem Dienst zu widmen, „gewissenhaft, unparteiisch und uneigennützig“ zu sein, ihre Arbeit „so rasch wie möglich“ zu erledigen, sich „im und außer Dienst“ anständig zu verhalten. Die Disziplinarurteile des OGH werden im Internet (RIS) in Form von Rechtssätzen veröffentlicht. Wie dort nachzulesen ist, haben die Disziplinargerichte mit vielfältigen Verhaltensweisen, die großteils

in § 57 RStDG „hineinpassen“, zu tun. Es geht etwa um massive Erledigungsrückstände, die das Image der – vor allem auch im internationalen Vergleich schnell und effektiv arbeitenden – österreichischen Justiz besonders schädigen, manchmal auch um kriminelle Handlungen, ja sogar ums Outfit. Einer der Rechtssätze lautet zum Beispiel: „Die Durchführung einer Verhandlung im Raddress mit überwiegend nacktem Oberkörper (war wohl ein Mann?) entspricht auch unter Berücksichtigung besonderer örtlicher Gegebenheiten (Almgebiet auf ca. 1.200 m Seehöhe) und extrem hoher Temperatur nicht dem Ansehen eines eine Verhandlung leitenden Richters“. Eine Verurteilung durch ein Strafgericht, etwa wegen Amtsmissbrauchs, bindet das Disziplinargericht. Von diesem ist dann wegen des Verbots der „Doppelbestrafung“ nur der „disziplinäre Überhang“ zu ahnden. Disziplinarstrafen sind: Verweis, Geldstrafe bis zu 5 Monatsbezügen, Versetzung, Dienstentlassung.

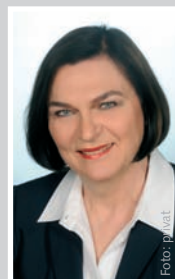
Rechtsanwälte

Die ca. 5.750 Rechtsanwälte sind in Kammern (Bundeskammer, Länderkammern) organisiert, denen auch die interne Kontrolle obliegt. Disziplinarvergehen werden vom Disziplinartrat der jeweiligen Landeskammer (Senate mit 5 Rechtsanwälten), in zweiter Instanz derzeit noch von der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission (OBDK) in Senaten (2 OGH-Richter, 2 Rechtsanwälte) abgehandelt. Die OBDK wird – wie andere derartige Kollegialbehörden (Art. 133 Z. 4 B-VG) – mit Ende 2013 abgeschafft, ihre Aufgabe soll der OGH übernehmen. Auch bei den Anwälten gibt es keinen konkreten Deliktskatalog. In

§ 1 Disziplinarstatut (DSt) werden als Disziplinarvergehen die Verletzung von Berufspflichten und die Verletzung von „Ehre oder Ansehen des Standes“ angeführt. Berufspflichten werden in der Rechtsanwaltsordnung (RAO) und in einer „Richtlinie“ (Verordnung: „RL-BA“) aufgezählt. Häufig geht es um Pflichtverletzungen bei Treuhandabwicklungen, nachlässigem Umgang mit Fremdgeld, Zeugenbeeinflussung, beleidigende Angriffe auf den gegnerischen Anwalt, Verstöße gegen Werbebeschränkungen oder gegen das Doppelvertretungsverbot. Als Disziplinarstrafen kommen der Verweis, eine Geldstrafe, Verbot der Berufsausübung bis zu einem Jahr und die Streichung von der Rechtsanwaltsliste in Betracht.

Heikel

Disziplinarverfahren sind bei beiden Berufsgruppen eine heikle Gradwanderung, zählt doch die Unabhängigkeit der Richter und der „freien Berufe“ zu den Grundlagen eines funktionierenden Rechtsstaats.



Dr. Ilse Huber ist Vizepräsidentin des OGH und leitet einen zivilrechtlichen Senat. Sie ist auch Senatsvorsitzende bei der OBDK und des Disziplinarsenats der Österreichischen Ärztekammer.

Buch-Tipp

Ilse Huber

Juristische Kernberufe im Spannungsfeld unserer Gesellschaft

Das Zusammenleben von Menschen kann nur funktionieren, wenn die Normen in einem stetigen Prozess den sich im Lauf der Zeit ändernden Wertvorstellungen und Bedürfnissen der Menschen angepasst werden. Dienst- und Disziplinarrechte sind wesentliche Instrumente, über die sich die rechtsanwendenden Berufsgruppen definieren, die ihr Ansehen und ihre Akzeptanz in der Gesellschaft mitbestimmen und die nicht zuletzt auch Einfluss auf die Qualität der Rechtsstaatlichkeit unseres Landes haben. Ein Anpassungsbedarf besteht auch im Bereich der Standesrechte der „klassischen“ Juristenberufe, der Richter, Rechtsanwälte, Notare und Beamten, womit sich dieser Band im Besonderen beschäftigt.



Bestellen Sie jetzt:
versandkostenfrei unter
shop.lexisnexis.at

Wien 2009, 44 Seiten
ISBN 978-3-7007-4429-0
Preis € 13,50

Partei mit Auftrag zur Unparteilichkeit

Die Staatsanwaltschaft

Was hat sich im Strafprozess in den 5 Jahren seit dem Inkrafttreten des StPRG eigentlich verändert?

Doch einiges, möchte man meinen: Befugnisse der Kriminalpolizei sind umfassend geregelt, die Leitungsbefugnis der Staatsanwaltschaft garantiert die Justizförmigkeit des Ermittlungsverfahrens, das Gericht ist in seiner eigentlichen Aufgabe, der Gewährung von Rechtsschutz, mit erheblich weiteren Kompetenzen ausgestattet als der früher bloß punktuell eingebundene Untersuchungsrichter. Die rechtliche Gesamtverantwortung für die Stoffsammlung wurde – dem Grundsatz folgend, dass im Anklageprozess die untersuchende Gewalt von der urteilenden zu trennen ist – ausschließlich der Staatsanwaltschaft übertragen, die vermehrt ihre Stärken erkennt und in Teamarbeit und eigenen Ermittlungen umsetzt. Die gerichtliche Kontrolle der Staatsanwaltschaft ist bis an die Grenze des durch den Anklagegrundsatz des Art. 90 B-VG gerade noch Erträglichen ausgebaut. Das Berufsbild der StaatsanwältInnen ist geprägt

von der gemeinsamen Ausbildung mit den Richtern und die Durchlässigkeit der Karriereverläufe.

Nur eines fehlt der Staatsanwaltschaft: der Schild der richterlichen Unabhängigkeit, den der Untersuchungsrichter über das Verfahren hielt. Die Anklagebehörde wurde im Ermittlungsverfahren sichtbar und damit ungeschützt (politischen) Angriffen ausgesetzt, gegen die Argumente weitgehend wirkungslos sind. Dem Postulat „justice must be seen to be done“ wird nicht ausreichend Rechnung getragen – eine der strukturellen Schwächen der österreichischen Justiz.

Die eigentliche rechtsstaatliche Leistung der Staatsanwaltschaft liegt seit mehr als 160 Jahren darin, dass sie den Beschuldigten vom bloßen Objekt des gegen ihn geführten Inquisitionsprozesses zur – mit mittlerweile umfassenden Rechten ausgestatteten – Verfahrenspartei im Anklageprozess erhebt. Daran hat

sich nichts geändert. Freilich ist die Prozessrolle der Staatsanwaltschaft nicht immer leicht zu erklären: Als Leiterin des Ermittlungsverfahrens ist sie nicht Partei, sondern verfahrensführende Behörde, erst durch die Einbringung der Anklage wird sie zur Beteiligten des Verfahrens, bleibt aber dem Objektivitätsgebot weiterhin verpflichtet und ist daher Partei mit striktem Auftrag zur Unparteilichkeit.



Dr. Thomas Mühlbacher ist seit 2010 Leiter der Staatsanwaltschaft Graz.

Justiz: Betriebssystem des Staates

Der Wandel ist ein steter Begleiter von Epochen und Gesellschaften. Dieser Wandel war stets Herausforderung für die Entwicklung der Menschen und ihrer Sozialsysteme.

Auch der Rechtsstaat westlicher Prägung, wie wir ihn heute kennen, ist durch gravierende Veränderungen und bewegte Zeiten entstanden und hat sich nach Rückschlägen immer neu durchsetzen müssen. Ohne den Fehler begehen zu wollen, zu behaupten, dass das Jetzt am besten sei, wage ich dennoch zu behaupten, dass dies für die rechtsstaatlichen Grundstrukturen im Wesentlichen noch stimmt. Die erkennbaren Schwächen sind jedoch zu Recht Gegenstand regelmäßiger Kritik – insbesondere durch die Rechtsanwaltschaft. Hier sind wir auch schon bei einem sehr wichtigen Wandel, der den Rechtsanwaltsberuf betrifft. Rechtsanwälte kämpfen heute nicht nur im Gerichtssaal für die Bürgerinnen und Bürger, sondern längst auch am weiten politischen Feld, als Wächter über

rechtsstaatliche Grundsätze. Der Grund dafür ist so klar wie authentisch: Ohne Rechtsstaat kein Rechtsanwalt!

Ein bekannter österreichischer Wirtschaftsforscher sagte unlängst sinngemäß, dass die europäischen Staaten sich spezialisieren müssen, um Europa insgesamt zu stärken. Ich meine, dass unsere Spezialisierungen die Rechtsstaatlichkeit, die Rechtssicherheit und die Rechtsqualität sein müssen. Wir haben ein sehr gutes Ausbildungssystem hin zu den juristischen Kernberufen, wir haben aber auch eine überdurchschnittliche Leistungsqualität bei den Gerichten und Rechtsanwälten. Gerade die Erledigungszeiten streitiger Zivilangelegenheiten sind positiv zu erwähnen. Rechtssicherheit und rasche zivilgerichtliche Erledigung werden zunehmend als Standortvorteil wahrgenommen. In diesem Zusammenhang scheint es auch unbedingt notwendig, in den Bereichen Wirtschaftsrecht- und Wirtschaftsstrafsachen nachzujustieren. Das geschieht bereits, etwa durch neue Ausbildungen für

Richter und Staatsanwälte. Wovon sich die Justiz nicht fürchten sollte, ist die neue mediale Aufmerksamkeit, die plötzlich auch den justiziellen Gesamtauftritt in Verfahren beleuchtet. Hier sollte die Justiz wieder mehr auf ihre natürliche Autorität vertrauen und sich nicht in die Gefahr der Gefallsüchtigkeit begeben. Die Justiz ist nicht das Unterhaltungsprogramm, sondern das Betriebssystem eines Staates, und ich denke es muss unser Anspruch sein, unser Betriebssystem zum besten Europas zu entwickeln.



Dr. Rupert Wolff ist seit 2011 Präsident des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages.

Veränderung schafft Motivation

**Interview mit Mag. Werner Zinkl,
Präsident der Richtervereinigung.**

Ist das Postulat „einmal Ausbildung zum Richter/Staatsanwalt – immer der gleiche Beruf“ noch zeitgemäß?

Ich glaube, unser System läuft derzeit gut. Die Perspektiven innerhalb des Richterberufs sind vielseitig. Es ist positiv und wichtig, zwischen unterschiedlichen Sparten zu wechseln, etwa vom Familienrecht zum Strafrecht oder aber auch über Rechtsmittelinstanzen bis hin zum OGH oder VwGH. Jede Veränderung schafft neue Motivation. Die Gefahr abzustumpfen ist geringer.

Welche Auswirkungen hat die verkürzte Gerichtspraxis?

Das halte ich für einen sehr schlechten Schritt. Ich glaube, am sinnvollsten wäre eine Dauer der Gerichtspraxis zwischen neun Monaten und einem Jahr. Die Justiz kann sich Bewerber/innen genauer ansehen und muss nicht nach kurzer Zeit Personalentscheidungen treffen, die kaum rückgängig zu machen sind. Leute, die andere Jobs finden, kommen nicht zurück. Hat man sich für die Falschen entschieden, ist es auch schwierig. Die Praxiszeit der Rechtspraktikanten/innen ist eindeutig zu kurz.

Wie wirkt sich das auf die Gerichte aus?

Derzeit ist der Aufwand größer als der Nutzen. Die Einarbeitungs- und Einschulungszeit ist eine reine Ausbildungsphase, die eher zu Lasten des Systems geht. Dann tritt eine Phase ein, aus der man gewissen Nutzen zieht, weil diese Mitarbeiter wertvolle Arbeit leisten.

Ihre Meinung zur neuen Richteramtswärter/innen-Ausbildungsverordnung?

Man bietet eine wichtige Ausbildungsstation mehr an, nämlich auch in Wirtschaftsbetrie-

ben eine „Schnupperlehre“ zu machen. Man weiß allerdings im Stadium der Ausbildung noch nicht, in welchem Feld man einmal tätig sein wird. Ich bin gegen eine zu früh einsetzende Spezialisierung, weil am Ende der Ausbildungszeit alle daran interessiert sind, rasch ernannt zu werden, egal in welcher Sparte.

Ist die Ausbildung der Richter/innen tief genug für immer komplexer werdende Wirtschaftsverfahren?

Ich glaube ja. Richter und Staatsanwälte sind grundsätzlich in der Lage, Großverfahren zu erledigen. In der Regel sind es nicht die Jüngsten, die das machen. Es ist nicht einfach, in angemessener kurzer Zeit Korruption und Malversationen in Firmengeflechten aufzuklären, die wohlgedacht über viele Jahre hinweg aufgebaut wurden. Zur Beurteilung von komplizierten Fällen ist es durchaus vernünftig, Sachverständige beizuziehen.

Warum dauern manche (Vor-)Verfahren viele Jahre?

Nur wenige Medien berichten über die Hürden bei Wirtschaftsverfahren. Hausdurchsuchungen in mehreren Ländern am selben Tag zu organisieren, ist sehr kompliziert. Manchmal wartet man bis zu einem Jahr auf Rechtshilfe von einem anderen Land.

Warum dringen immer wieder Ermittlungsdetails an die Öffentlichkeit?

Das passiert nicht oft.

Ich glaube, die Bewusstseinsbildung in der Justiz ist sehr weit fortgeschritten. Es ist inzwischen auch gang und gäbe, dass Verdächtige Agenturen in Anspruch nehmen, die sich mit der offensiven Vermarktung von Gerichtsprozessen auseinandersetzen. Der Erste war Kachelmann in Deutschland. Früher war es nicht üblich, dass Beschuldigte öffentlich auftreten und ihre Variante präsentieren. Somit wird das Ganze zum Spektakel. Aus Sicht der Medien ist das auch legitim, ein wenig mehr Zurückhaltung wäre aber sicher gut.



Mag. Werner Zinkl
ist seit November
2007 Präsident der
Richtervereinigung.

Tipp

Compliance Praxis Magazin | Portal | Netzwerk

Ihr Ratgeber für Compliance-Fragen:

- Quartalsmagazin mit Experten-Beiträgen zu Best Practices, Management und Recht
- Regelmäßige Netzwerktreffen mit Fachvorträgen nationaler und internationaler Experten
- Online-Portal mit tagesaktuellen News, täglicher Compliance-Presseschau und Veranstaltungskalender

Bestellen Sie jetzt: www.compliance-praxis.at/abo



**Jetzt Premium-
Mitglied werden
um €189,-***

POSTGRADUATE
CENTER

universität
wien

BILDUNG &
SOZIALES

GESUNDHEIT &
NATURWISSENSCHAFTEN

INTERNATIONALES &
WIRTSCHAFT

KOMMUNIKATION &
MEDIE

RECHT

Weiterbildung für JuristInnen an der Universität Wien

- Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht (LL.M., wahlweise Deutsch oder Englisch)
- Human Rights (MA, Englisch)
- Informations- und Medienrecht (LL.M., Deutsch)
- International Legal Studies (LL.M., Englisch)
- Kanonisches Recht (LL.M., Deutsch)

WWW.POSTGRADUATECENTER.AT

Justiz und Polizei

Auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet?

Megatrends wie Globalisierung, Bevölkerungsexplosion, Verstädterung, Klimawandel, steigende Kluft zwischen Arm und Reich, Zusammenbruch des Kommunismus, Sieg und Krise des Neoliberalismus und die Entwicklung zur Informationsgesellschaft zählen zu den wichtigsten Anstößen des Wandels unserer Gesellschaft.

Für die ganze Welt, Europa und damit auch Österreich bedeuteten die Ereignisse von 9/11 sowie die Finanzkrise im Jahr 2008 sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht enorme Rückschläge. Vor allem die Freiheit der Einzelnen wurde durch Einschränkungen beim Reiseverkehr aufgrund massiver Kontrollen, den Ruf nach verstärkten Überwachungsmaßnahmen, empfindlich beeinträchtigt. Justiz und Polizei gelangten durch die Forderungen nach mehr Zwangsmaßnahmen und Regulierungen deutlich in das Fahrwasser von Law & Order, den „punitiven Turn“.

Polizeireformen 2002–2012

Mit der politischen Wende in Österreich wurde die vor langer Zeit geplante Reform der Polizei, insbesondere die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie, umgesetzt. Die in Wien 2001 begonnene Reform erreichte mit der Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie im Jahr 2005 zunächst ihren Höhepunkt, Mitte des Jahres 2012 folgte ein weiterer großer Reformschritt: Die Zusammenlegung von Behörden- und Exekutivkörper schuf schlankere Führungsstrukturen in den Ländern. Neun Kommandozentralen statt einunddreißig wurden direkt dem Innenministerium unterstellt.

Reform der Strafprozessordnung 2008

Die Rollenbilder der Polizisten/innen, Staatsanwälte/innen, Richter/innen wurden durch die StPO-Reform 2004 mit Wirkung 1. Jänner 2008 komplett neu definiert, wodurch das Untersuchungsrichtermodell aus 1874 abgelöst wurde. Die Staatsanwaltschaft übernahm die Führungsrolle bei den strafrechtlichen Ermittlungen, die Polizei verblieb im Verbund des Innenministeriums und arbeitet der Justiz, insbes. den Staatsanwaltschaften, zu, in deren Händen Anklage und Ermittlung liegen. Richter/innen treffen die maßgeblichen Entscheidungen, vor allem betreffend Eingriffe in die Grundrechte. Eine 2011 veröffentlichte Studie der Universität Linz zeigte hingegen auf, dass die Zielsetzung der Reform noch nicht verwirklicht ist: Die Polizei führt etwa 90 % der strafrechtlichen Ermittlungen noch immer fast im „Alleingang“ durch. Eine vergleichende Studie mehrerer Staaten, die an der Universität Graz erstellt wurde, stellte fest, dass in Österreich Rechtsvorschrift und Realität bei der Wahrung der Rechte der Betroffenen deutlich auseinanderklaffen. Rechtsanwälte/innen und Wissenschaftler/innen kritisierten, dass vorgeschriebene Belehrungspflichten in der täglichen polizeilichen Praxis wenig berücksichtigt werden.

Auswirkung der Veränderungen

Die Justiz kämpft derzeit mit einem Imageschaden, da man ihr nicht mehr die Objektivität in dem Ausmaß zutraut, wie es vor der Reform der StPO der Fall war. Spektakuläre Ermittlungen, gerade bei Fällen der Wirtschaftskriminalität und Korruption, lassen bei Kritikern eine „Zweiklassenjustiz“, man-

gelnde Effizienz und politische Abhängigkeit, vermuten. In den großen Wirtschaftsverfahren und Verdachtsfällen des vermuteten korrupten Agierens, die in Österreich derzeit anhängig sind, erwartet sich die Öffentlichkeit Ermittlungserfolge und Urteile. Man fürchtet, dass Justiz und Polizei an Überforderung leiden und in diesen komplexen Verfahren den „Gegnern“, die bestens rechtlich beraten sind, nicht gewachsen sein könnten.

Die Polizei schafft mit den verstärkten Forderungen nach Überwachungsmaßnahmen zur Terrorbekämpfung Misstrauen, was zu einem Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit führt. Die gesetzliche Einführung der Vorratsdatenspeicherung lässt die Einschränkung der Privatsphäre befürchten.

Die Politik achtet die rechtsstaatlichen Prinzipien der Trennung der Gewalten offensichtlich immer weniger. All das zusammen führt zu einer Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die zukünftige Entwicklung wird zeigen, ob die Befürchtungen gerechtfertigt sind oder ob es sich nur um vorübergehende Defizite handelt.



Hofrat i. R. Mag. iur. Maximilian Edelbacher ist Bildungsreferent der Vereinigung Kriminaldienst Österreich und ehemaliger Leiter des Wiener Sicherheitsbüros.



Berufsbegleitende Spezialisierung für JuristInnen

Akademische/r ExpertIn

- > Medizinrecht
- > Versicherungsrecht
- > Computer- und IT-Recht

Masterstudien

- > Bank- und Kapitalmarktrecht – LL.M.
- > International Relations – MA
- > Menschenrechte – MA

Donau-Universität Krems. Die Universität für Weiterbildung.
Details unter: www.donau-uni.ac.at/euro



Umfassende Ausbildung, ständige Fortbildung

Notarinnen und Notare

Umfassende Ausbildung, ständige Fortbildung

Die österreichischen Notarinnen und Notare bekennen sich zu einer umfassenden Ausbildung, ständigen Fortbildung in ihren bestehenden Tätigkeitsfeldern sowie in durch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung bedingten neuen Rechtsgebieten. Die österreichischen Notarinnen und Notare setzen auf postgraduale Studien und Zusatzausbildungen beispielsweise im Bereich Persönlichkeitsentwicklung. Das Prinzip der laufenden Qualifikation gilt für die Notarinnen und Notare, die Notariatskandidatinnen und -kandidaten sowie auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nur wer besser wird, bleibt gut!

Qualitätssicherung durch Bildung

Aufgrund der sich permanent ergebenden gesetzlichen Änderungen ist es wichtig, sich ständig fortzubilden, um dadurch die Qualität der notariellen Dienstleistung zu sichern. Neben

der fachlichen Komponente werden auch Bereiche wie Mitarbeiterführung und -motivation sowie Personalentwicklung und Klientenbindung behandelt. Dadurch wird ein Aus- und Fortbildungsprogramm geboten, das zur Qualitätssicherung im Notariat beiträgt.

Das Notariat hat in der letzten Zeit einen enormen Veränderungsprozess erfahren. Geänderte Familienstrukturen, Neuerungen auf europäischer Ebene wie die Erbrechtsverordnung, stellen Herausforderungen dar, die ein breiteres Fachwissen für die notarielle Tätigkeit voraussetzen als noch vor wenigen Jahren. Gefordert durch diese gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtspolitischen Entwicklungen schaffen wir neue Produkte und Dienstleistungen. Zentrale Themen sind insbesondere die Sicherung der Selbstbestimmung der Bürger bis ins hohe Alter bzw. die Begleitung von Unternehmen durch alle Phasen von der Gründung bis zur

Übergabe. Wir österreichischen Notare verstehen uns als moderne Dienstleister. Innovativ und kundenorientiert entwickeln wir unsere Leistungen ständig weiter. Gleichzeitig sind wir Notare im besten Sinne traditionell: Der hohe Qualitätsstandard der Beratung, der Schutz unserer Klienten und unser Beitrag zum Bestand der mitteleuropäischen Rechtskultur sind beständige Leitmotive unseres Wirkens.



Univ.-Doz. DDr. Ludwig Bittner ist seit 2010 Präsident der Österreichischen Notariatskammer.

Jeder Tag ist anders

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer

Es gibt wohl nur wenige Berufe, wo die Befürchtung „Einmal Ausbildung – immer der gleiche Beruf“ so wenig stimmt wie bei den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern. Der wichtigste Grund ist die ständige Veränderung der Wirtschaft.

Die Tätigkeit des Wirtschaftstreuhänders besteht ja nicht darin, im stillen Kämmerlein Zahlenkolonnen untereinanderzuschreiben. Wirtschaftstreuhänder sind längst die wichtigsten Ansprechpartner der Unternehmen in allen wirtschaftlichen Fragen. Sie erstellen das Rechenwerk, das für die Unernehmenssteuerung unverzichtbar ist. Sie arbeiten an der strategischen Ausrichtung, an der Investitionsplanung, am Businessplan, an Budgetierung und Finanzierung. Und natürlich auch an der steuerlichen Optimierung. Beim letzten Punkt sorgt schon der Gesetzgeber dafür, dass es den Steuerberatern an Abwechslung nicht fehlt. Hunderte Seiten an neuen Vorschriften und Gesetzen

müssen in die Beratung der Klienten einfließen. Diese Vielfalt an Aufgaben sorgt für ebenso vielfältige und chancenreiche Karrieremöglichkeiten. Die Spezialisierung ist inzwischen ebenso selbstverständlich wie beispielsweise bei den Ärzten, ganz egal, ob man als Einzelkämpfer mit anderen Spezialisten in Netzwerken zusammenarbeitet oder sich im Rahmen einer großen international tätigen Kanzlei engagiert. Sozialversicherungsrecht, Umgründungssteuerrecht, Finanzstrafrecht. Das sind nur einige Möglichkeiten der Spezialisierung, ganz zu schweigen natürlich von den Möglichkeiten auf internationaler Ebene.

Um da immer topfit zu bleiben, gibt es eine Vielzahl von Veranstaltungen, Seminaren und Ausbildungsmöglichkeiten, die von den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern zur Weiterbildung in Anspruch genommen werden. Den letzten Steuerinformationsabend in Wien nutzten mehr als 600 Kollegen, bei der jährlichen

Arbeitstagung arbeiten an die tausend Steuerberater und Wirtschaftsprüfer ein Wochenende durch. Der Wille zur Weiterbildung ist wirklich vorbildlich.

Hervorzuheben ist die eigene Akademie der Kammer der Wirtschaftstreuhänder als besonders wichtige Aus- und Weiterbildungsstätte: Mit 3000 Seminar- und Kurstagen und 70.000 Teilnehmern pro Jahr ist sie eine der größten privaten Ausbildungsstätten in Österreich.



Mag. Klaus Hübner ist seit 2006 Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhänder.

Auf die Beziehungen kommt es an

Das Verhältnis der Wirtschaft zu Politik und Verwaltung steht am Prüfstand. Negative Vorfälle der letzten Jahre führten zu höherer Sensibilität sowie zur Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen, z.B. im Korruptionsstrafrecht. Was ist erlaubt, was ist verboten? Was ist legal und trotzdem unanständig?

Auch wenn die Alpenrepublik einige negative wie positive Beiträge zu diesem Thema geleistet hat, handelt es sich keineswegs um ein rein nationales Thema: In vielen Demokratien der Welt wird derzeit darüber diskutiert, wie politische Entscheidungen zustande kommen, wer darauf Einfluss nimmt und welche Rolle die Bevölkerung spielt. Eine spannende Diskussion über die Grundfesten unserer Demokratie. Der praktische Teil spielt sich u.a. in der Wirtschaft ab und nennt sich „Compliance“. Immer mehr Unternehmen entwickeln eigene Compliance-Richtlinien, die den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Klarheit geben, welche Gesetze und ethischen Standards für sie relevant und daher einzuhalten sind.

Compliance wird zum Muss

In Österreich könnten durch das neue Lobbyinggesetz etwa Kontakte zu Abgeordneten oder Beamten eines Ministeriums ab nun registrierungspflichtig sein. Konkret hängt es vom Ziel des Kontakts und der eigenen Funktion ab. Auch ein informelles Mittagessen mit Beschäftigten im Ministerium ist im Lichte der neuen Antikorruptionsregeln zu sehen: Mit Einladungen sollte man zukünftig äußerst zurückhaltend sein – oder sie am besten gleich lassen. Denn ein seriöses politisches Überzeugungsgespräch gehört ohnehin nicht zwischen Frittatensuppe und Schnitzel eingeklemmt.

Die wachsende Bedeutung von Compliance zeigt, worauf es bei den Beziehungen zu Politik und Verwaltung ankommt: auf Vertrauen. Es ist die Basis für belastbare und nachhaltige Beziehungen zu Entscheidungsträgern. Dazu können Unternehmen, Verbände und NGOs durch Compliance im eigenen Haus beitragen und auch durch die professionelle Entwicklung und Pflege ihrer Beziehungen zu Politik und Verwaltung. „Government Relations“

werden somit zukünftig noch wichtiger für Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Buch-Tipp

Compliance in Public Affairs

Wien 2012 | 154 Seiten
ISBN 978-3-7007-5378-0
Preis € 39,-



Feri Thierry ist Geschäftsführer von Thierry Politikberatung und Präsident der Österreichischen Public Affairs-Vereinigung (ÖPAV).

SUCCESS13

DIE BERUFS- UND KARRIEREMESSE
FÜR JURISTINNEN UND JURISTEN

INFOS UND ANMELDUNG
WWW.SUCCESS-MESSE.AT

MI, 20. MÄRZ 2013
JURIDICUM
09.30–16.30 UHR



POWERED BY
BANK OF MONTREAL
David Thomson Politics Rechtsanwalt Dr. Dr. Dr.

plan your
career!



UNI PORT universität wien

Warum ist Compliance wichtig?

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren waren schwierig. Erhebliche Mängel bisheriger Risikomanagementsysteme wurden im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise erkennbar. Die Anforderungen an das Risikomanagement sind gestiegen. Die Implementierung wirksamer Compliance-Systeme soll den Unternehmen helfen, den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Aber was ist Compliance?

Der Begriff Compliance entstammt der angelsächsischen Rechtsterminologie. Er wird in verschiedenen Branchen mit jeweils unterschiedlicher Bedeutung verwendet. Im juristischen Kontext versteht man unter Compliance ein funktionierendes Gesamtkonzept aller aktiven Maßnahmen zur Einhaltung von Rechtsnormen. Welche Rechtsnormen dabei relevant sind, hat das jeweilige Unternehmen auf Basis einer Risikobewertung selbst zu definieren.

Wie funktioniert Compliance?

Compliance basiert auf internen Regeln. Ziel dieser Regeln ist es, sicherzustellen, dass das Unternehmen sich „compliant“ verhält. Effektive Compliance-Systeme basieren auf maßge-

schneiderten Regeln, welche die jeweiligen Risiken des Unternehmens individuell und optimal abdecken.

Warum sind Compliance-Systeme notwendig?

Ist es nicht „eh klar“, dass man sich an Gesetze halten muss? In der Regel ist es gesetzlich nicht vorgeschrieben, ein Compliance-System zu betreiben. Ausnahmen finden sich selten, so z.B. in § 18 Wertpapieraufsichtsgesetz und § 82 Abs 5 Börsengesetz. Oftmals kann sich jedoch indirekt eine Pflicht zur Errichtung eines Compliance-Systems ergeben. So bestehen etwa allgemeine, gesellschaftsrechtliche Anforderungen an ein sorgfältiges Management und die Pflicht, ein internes Kontrollsystem einzurichten. Eine indirekte Verpflichtung ergibt sich auch aus § 3 Verbandsverantwortlichkeitsgesetz, wonach die Straffreiheit des Unternehmens die Einrichtung eines Compliance Management-Systems voraussetzt. Der Hauptgrund aber, warum Compliance-Systeme betrieben werden, ist schlicht praktischer Natur: Unternehmen stehen einer stetig wachsenden Zahl von rechtlichen Anforderungen gegenüber. Deren Verletzung kann zu Konsequenzen führen, die bis zur persönlichen Haftung der

Geschäftsleitung reichen. Weitere Rechtsfolgen können z.B. strafrechtlicher oder aufsichtsrechtlicher Natur sein. Um das Unternehmen, seine Mitarbeiter und das Management zu schützen, ist es oftmals unabdingbar, dass ein Compliance-System betrieben wird.

Buch-Tipp

Handbuch Compliance

2. Auflage | Preis € 179,-
Wien 2013 | 708 Seiten
ISBN 978-3-7007-5351-3



DDr. Alexander Petsche, MAES ist Rechtsanwalt und Partner der Anwaltssozietät Baker & McKenzie • Diwok Hermann Petsche, Wien, sowie Schriftleiter des Magazins

Compliance Praxis (s. Seite 11)
www.compliance-praxis.at

SINN. VOLLE. PROJEKTE.

- Lösen Sie gerne knifflige Rechtsfragen?
- Steuern sie gerne große Dampfer?
- Haben Sie lieber Kontakt mit Klienten als mit Datenräumen?
- Haben Sie Freude an Projekten, die der Allgemeinheit zu Gute kommen?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung!

Schramm Öhler ist führend im Vergaberecht und öffentlichen Wirtschaftsrecht. Wir betreuen und steuern für unsere Klienten große Projekte, unter anderem im Bau-, Verkehrs- und IT-Sektor.

Wir beschäftigen junge, engagierte RechtsanwaltsanwärterInnen oder RechtsanwältInnen.

Wir bieten Ihnen eine abwechslungsreiche und interessante Tätigkeit sowie eine solide Ausbildung. Bewerbungen richten Sie bitte an RA Dr. Georg Zellhofer, kanzlei@schramm-oehler.at

Schramm Öhler Rechtsanwälte, Tel.: +43/1/409 76 09
kanzlei@schramm-oehler.at, www.schramm-oehler.at

SCHRAMM ÖHLER
RECHTSANWÄLTE

Postgradualer Master als Karrierefaktor

Das einmalige Erlernen von Wissen, das ein Leben lang reicht, ist nicht möglich. Die heutigen Anforderungen des Arbeitsmarktes und die Schnelligkeit einer globalisierten Berufswelt, machen es unabdingbar, sich weiterzuentwickeln. Nino Tomaschek, Leiter des Postgraduate Center der Universität Wien, erklärt im Interview, welche Karriereperspektiven ein postgradualer Master bringt.

Eine postgraduale Weiterbildung kann man in unterschiedlichen Berufsphasen absolvieren. Was sind die Gründe für ein LL.M.-Programm gleich direkt nach dem Jus-Studium?

Während des Studiums ist eine Spezialisierung nur bedingt möglich. Jung-AbsolventInnen erwarten sich von einem Postgraduate-Programm neben einer fachspezifischen Vertiefung vor allem einen Wettbewerbsvorteil beim Karriereeinstieg.

Und welche Vorteile haben Personen, die bereits Berufserfahrung mitbringen?

Ein postgraduales Masterstudium kombiniert theoretisches Wissen auf universitärem Niveau mit viel Praxisbezug. Mit einem solchem Studium kann man sich als ExpertIn in einem Feld profilieren. Für viele dient der LL.M. aber auch als Sprungbrett, um auf der Karriereleiter nach oben zu gelangen. Zudem entstehen durch die enge Zusammenarbeit mit den DozentInnen und den anderen TeilnehmerInnen Netzwerke, von denen man sein ganzes berufliches Leben profitiert.

Was zeichnet die juristische Weiterbildung an der Universität Wien aus?

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien besticht durch eine lange Tradition, hohe wissenschaftliche Qualität und eine sehr gute internationale Reputation. Viele unserer postgradualen Programme sind an Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Disziplinen angesiedelt (z.B. „Informations- und Medienrecht“) oder sind völlig interdisziplinär

ausgerichtet (z.B. „Human Rights“). Auch der internationale Fokus (u.a. in den LL.M.-Programmen „International Legal Studies“ und „European and International Business Law“) macht die Universität Wien zu einem gefragten Anbieter von Postgraduate-Programmen.

Einen Überblick über das gesamte postgraduale Weiterbildungsangebot der Universität Wien finden Sie unter:
www.postgraduatecenter.at



Priv.-Doz. Mag. Dr. Nino Tomaschek, MAS ist Leiter des Postgraduate Center der Universität Wien.



EINLADUNG „ACTnow“

Rechtliche Herausforderungen im Hinblick auf Kinderhandel

Wie kommen Opfer von Kinderhandel in Österreich zu ihrem Recht auf bestmöglichen Schutz und kindgerechte Betreuung?

Diesen kompetenzrechtlichen sowie strafrechtlichen Herausforderungen im Hinblick auf Identifizierung und Opferschutz im Falle von Kinderhandel in Österreich widmet sich die Veranstaltung ACTnow (Anti-Child Trafficking).

Durch Zusammenarbeit von ECPAT Österreich (Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Rechte der Kinder vor sexueller Ausbeutung) und dem juristischen Fachverlag LexisNexis ist es nun gelungen, zwei juristische Expertisen zu Fragen der Betreuung und der Identifizierung der Opfer von Kinderhandel zu erstellen. Diese werden im Beisein der ExpertInnen bei der Veranstaltung ACTnow vorgestellt und unter der Moderation von Dr. Eric Frey (Der Standard) diskutiert.

Wann: 25. April 2013
ab 18:30 Uhr

Wo: Dachgeschoß des Juridicum
Schottenbastei 10-12, 1010 Wien

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!



Studienbegleitend arbeiten? Ja!

**Interview mit Mag. Markus Arzt,
Konzipient bei Brandl & Talos
Rechtsanwälte.**

Herr Mag. Arzt, Sie sind seit über fünf Jahren bei Brandl & Talos Rechtsanwälte (BTP) tätig. Was hat Sie motiviert, während Ihres gesamten Studiums zu arbeiten?

Schon zu Beginn meines Studiums hatte ich den Wunsch, eine Anwaltskanzlei „von innen“ kennenzulernen, und bin bei BTP gelandet. Das junge Team, die fokussierte Ausrichtung auf Kapitalmarktrecht, die Wachstumsperspektiven der Kanzlei sowie das hervorragende und motivierende Arbeitsklima haben mich von Anfang an sehr begeistert. BTP legt großen Wert auf die frühzeitige und langfristige Zusammenarbeit mit engagierten Studierenden, die schon bald stark in die juristische Arbeit eingebunden und daher sehr gefordert und gefördert werden. Trotz der verantwortungsvollen Aufgaben kommt die Kanzlei den Studierenden bei der zeitlichen Planung von Arbeit und Studium durch große Flexibilität sehr entgegen. Das ist enorm wichtig, um beides erfolgreich unter einen Hut zu bringen. Ich empfehle allen, während des Studiums fachlich einschlägig zu arbeiten. Dadurch kann die Theorie in der Praxis erprobt werden.

Arbeitserfahrung macht auch den Uni-Alltag lebendiger, man erkennt die Relevanz für die Praxis sofort und nicht erst Jahre später. Ich habe bald an spannenden Causen mitgearbeitet, bei wissenschaftlichen Publikationen mitgewirkt und war in die Vorbereitungen zu Verhandlungen beim EuGH, beim deutschen BGH und beim deutschen Bundesverwaltungsgericht involviert, die ich dann auch vor Ort miterleben konnte.

Was war Ihr größtes Projekt?

Eindeutig das Mitwirken am unlängst erschienenen Kommentar zum EU-Verschmelzungsgesetz, den Dr. Thomas Talos, in dessen Team ich arbeite, und Univ.-Prof. Dr. Martin Winner herausgegeben haben. Das Werk erläutert die grenzüberschreitende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften und spiegelt unsere Eindrücke aus dem Merger der Online-Gaming-Anbieter bwin und PartyGaming, der ersten grenzüberschreitenden Verschmelzung zweier börsennotierter Unternehmen, wider. Das war sehr zeitintensiv, hat sich aber ausgezahlt: Ein so umfangreiches Projekt mitzugestalten und als Co-Autor zu den Kommentierungen einiger Paragraphen mitzuwirken, war eine spannende und lehrreiche Erfahrung. Ich möchte versuchen, mich auch in Zukunft gelegentlich mit interessanten Themen wissenschaftlich zu beschäftigen.

Haben Sie Tipps für Ihre jungen Kolleginnen und Kollegen?

Auf alle Fälle praktische Erfahrung während des Studiums sammeln, sich eine Kanzlei oder ein Unternehmen suchen, wo man fachlich einschlägig arbeiten kann und gefördert wird. In dieser Zeit ergeben sich wichtige Chancen, Kontakte zu knüpfen und herauszufinden, was man beruflich machen möchte und was nicht. Wenn man es gut erwischt, hat man gleich mit Studienabschluss eine Stelle als Konzipient, bereits eine fachliche Richtung eingeschlagen und ist seinen Kolleginnen und Kollegen, die sich an diesem Punkt erst zu orientieren beginnen, weit voraus.



Mag. Markus Arzt
ist Konzipient bei
Brandl & Talos
Rechtsanwälte.

BRANDL & TALOS
RECHTSANWÄLTE · ATTORNEYS AT LAW

Wir wissen weiter.

Brandl & Talos zählt zu den führenden Kanzleien im Kapitalmarkt-, Bank- und Unternehmensrecht. Wir betrachten juristische Problemstellungen im Gesamtkontext. Die Sicht über den Tellerrand ermöglicht es uns, präventiv und initiativ für unsere Klienten zu agieren. Durch unsere Erfahrung und Teamgröße können wir Mandanten auch in komplexen Fällen beistehen und gleichzeitig ganz persönliche Beratung zusichern. International agierende Gesellschaften vertrauen darauf ebenso wie arrivierte KMUs oder engagierte Start-ups.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbungsunterlagen: karriere@btp.at



Brandl & Talos
Rechtsanwälte
Mariahilfer Straße 116
1070 Wien
Tel: +43 1 522 57 00
Fax: +43 1 522 57 01
Mail: office@btp.at

www.btp.at

Veranstaltungshinweise

Termine im Frühjahr 2013



20. März 2013

SUCCESS13 in der Aula und UG des Juridicum, Schottenbastei 10-12, 1010 Wien.

<http://www.uniport.at/uniport/frontend.Messen/home.now?messe=SUCCESS13>

8. April 2013

Vortrag von ao. Univ.-Prof. Dr. Johannes Steyrer zum Thema „Glück und Zufriedenheit - Schlussfolgerungen aus der aktuellen Forschung für ein gelingendes Leben“. Wir danken FINUM.Private Finance AG für die Einladung.

jus-alumni
members
only!

22. Mai 2013

Barock – since 1630: Sonderführung für jus-alumni Mitglieder im Belvedere.

jus-alumni
members
only!

6. Juni 2013

Wir freuen uns, auch heuer wieder unser traditionelles **SOMMERFEST** mit LexisNexis und Ihnen im Palais Schönborn zu feiern!

Ihre Einladungen erhalten Sie wie gewohnt jeweils per E-Mail.

Die Teilnahme an jus-alumni Veranstaltungen ist für Mitglieder gratis. Informationen über Veranstaltungen an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät sowie unserer Kooperationspartner finden Sie zusätzlich auf unserer Website.

Einen Überblick können Sie sich unter www.jus-alumni.at unter Aktuelles verschaffen.

Wir freuen uns, Sie bei der einen oder anderen Veranstaltung begrüßen zu können!

Führung im Verfassungsgerichtshof

Am 15. Jänner 2013 lud jus-alumni Ehrenmitglied VfGH-Präsident Dr. Gerhart Holzinger, jus-alumni Mitglieder zu einer exklusiven Führung in den Verfassungsgerichtshof ein. Seit August 2012 ist der VfGH im Gebäudekomplex Renngasse/Freyung/Tiefer Graben untergebracht. Das neoklassizistische Gebäude ist auch als Standort des „Bank Austria Kunstforums“ bekannt und wurde 1914–1921 als Bankgebäude für die „Österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe“ errichtet. Im historischen

Rückblick waren an diesem Standort um 1700 etwa zwei Wirtshäuser, von denen eines von „Schuhknechten“ rege besucht wurde. Später wurde an der gleichen Stelle ein fünfstöckiges Mietshaus errichtet. Die Bevölkerung warf am Tiefen Graben – ursprünglich ein Bach – den Mist weg, weshalb diese Stelle „Am Mist“ genannt wurde. Das nahegelegene Schottenkloster gewährte Asyl vor der städtischen Gerichtsbarkeit, daher stammt wahrscheinlich das Wort „Freyung“.

Die unter Denkmalschutz stehenden, historisch bedeutsamen Räumlichkeiten im Bereich des 1. Stocks enthalten neben den Amtsräumen des Präsidenten und der Vizepräsidentin auch den Verhandlungssaal, der 20 % größer ist als jener des ehemaligen Gebäudes. Im selben Stockwerk ist auch ein Beratungszimmer der Mitglieder des VfGH untergebracht, dessen Besonderheit u.a. die verschiedenen Stühle sind: ganz nach den persönlichen Bedürfnissen der einzelnen Mitglieder des VfGH. In den darüberliegenden Stockwerken befinden sich die Büros.



Dabei sein und profitieren!

Werden Sie **jetzt** Mitglied im Absolventenclub jus-alumni und profitieren Sie ab sofort um **nur € 35,-** Mitgliedsbeitrag

Jetzt Club-Mitgliedschaft anmelden unter:

www.jus-alumni.at



Stress per Gesetz bekämpfen?

Prof. Dr. Rotraud A. Perner im Gespräch mit jus-alumni Chefredakteurin Mag. Manuela Taschlmar über die Novellierung des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes und des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993.

Psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz sind stark im Steigen begriffen. Entsprechende Änderungen im ArbeitnehmerInnenschutzgesetz zielen daher darauf ab, den psychischen Beeinträchtigungen und Erkrankungen von ArbeitnehmerInnen mehr Augenmerk als bisher zu schenken und den Einsatz von Arbeitsmedizinern und ArbeitspsychologInnen in Unternehmen zu forcieren.

Frau Dr. Perner, wird die Änderung des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes die Wirkung haben, Probleme wie Burn-out in den Griff zu bekommen?

Ich denke nicht, dass ein Gesetz hilft, psychische Beeinträchtigungen, die nachweislich durch Fehlkommunikation entstehen, hintanzuhalten; sehr wohl kann es Aufmerksamkeit auf Auslösefaktoren richten und auch diesbezügliche Schulungen vorschreiben. Es kann also im Sinne einer

Resolution Ziele definieren und Wege zur Zielerreichung vorschreiben – aber es braucht unbedingt flankierende Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung, denn selbst wenn man genau erklärt, WAS man erreichen will, fehlt noch immer das WIE der Bewerksstellung, und vor allem muss man einkalkulieren, dass die meisten Menschen mit gesundheitsmindernden Methoden erzogen wurden, die sie später unreflektiert weitergeben ... das ist ja das Hauptproblem.

Kann man Stress per Gesetz bekämpfen?

Gesetze können selbst bereits Stressoren sein! Denken wir nur an das Dilemma von Fernlastfahrern, ihre Zielvorgaben UND die Verkehrsregeln einzuhalten ...

Welche Maßnahmen sind geeignet?

Bildungsmaßnahmen! Und die kann man natürlich auch normativ festlegen – am besten schon in den Lehrplänen für den Biologieunterricht, in allen Berufsausbildungen inkl. Landesverteidigung und über die audiovisuellen Medien. Gerade die von mir konzipierte intuitiv-linguistische Integrationsmethode (ILI®) eignet sich wunderbar zur schnellen, effizienten und

freudvollen Vermittlung von alltagstauglichen Tools zur Gesundheitsförderung.

Geht das Gesetz weit genug?

Im Rahmen des gesetzlich Möglichen, erachte ich die Formulierungen als ausreichend – im Vorblatt bzw. in den Erläuterungen hätte man mehr und präziser im Sinne von Motivenbericht wie auch Klärung möglicher Missverständnisse deklarieren können.

Wie lassen sich Unternehmensziele erreichen, ohne die Beschäftigten psychisch zu überlasten?

Diese Frage klärt man am besten mit den jeweiligen Betroffenen! Partizipation ist ein wesentlicher Gesundheitsfaktor! Und genau da fehlt es am Fachwissen bei den im Gesetz angesprochenen Arbeitsmediziner/innen und Arbeitspsycholog/innen – wenn die sich nicht einschlägig fort- und weiterbilden.

Dazu braucht es nämlich interdisziplinäres vernetztes Denken – und natürlich gesundheitsfördernde Kommunikation (die läuft in meiner Akademie unter dem Logo „Gesprächsmedizin“). Auch dazu habe ich sogar schon vor mei-



fellner wratzfeld partner

gipfelstürmer.

Wir suchen Anwärter auf Gipfelsiege.

Als international agierende österreichische Wirtschaftskanzlei wissen wir, dass die hohe Kompetenz unseres Teams die Grundlage unseres Erfolges ist. Unsere fachliche wie menschliche Vielfalt macht die Arbeit bei fwp faszinierend und voller Herausforderungen. Internationalität, Komplexität in den Aufgaben, ein homogenes Team sowie ausgeprägtes Wachstumspotential: Wenn Sie all dies suchen, ist fwp das berufliche Zuhause, das Sie immer wollten.

Klinken Sie sich ein unter www.fwp.at/karriere

Fellner Wratzfeld & Partner Rechtsanwälte GmbH
A – 1010 Wien, Schottenring 12
T: +43 (1) 537 70-0
F: +43 (1) 537 70-70
E: humanresources@fwp.at



ner Tätigkeit als Univ.-Prof. für Prävention und Gesundheitskommunikation an der Donau Universität Krems ein Ausbildungskonzept namens Mesoziation® entwickelt, das gesundheitspsychologisches und psychotherapeutisches Fachwissen und praktisches Können mit soziologischem, gruppendynamischem, sozialtherapeutischem und juristischem Denken verbindet.

Wie lässt sich die Dynamik der verschwimmenden Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit drosseln? Ein Einwand lautet, dass Familie und Beruf nur dann vereinbar seien, wenn Beschäftigte auch außerhalb des Büros und der Bürozeiten erreichbar sind.

Das Zauberwort heißt aus meiner Sicht „Selbstbestimmung“ in Kenntnis der relevanten Faktoren von Salutogenese. Ein Vorbild könnten selbstständige LandwirtschaftsmeisterInnen bieten: Sie arbeiten nämlich nicht „on demand“, sondern sehr wohl klug planend, aber doch flexibel auf Kontingenzen reagierend – und dafür haben sie eine anspruchsvolle Ausbildung. Diese fehlt bei den white-collar-Berufen! Die permanente Erreichbarkeit ist dort, wo sie fremdinduziert ist, ein wesentlicher Stressfaktor, weil sie quasi ein Sklavendasein – ein „nicht mehr sich selbst gehören“ – kreiert. Etwas anderes ist es, wenn man selbst entscheidet, wann man on air bzw. online sein will

und keinerlei Konsequenzen zu befürchten hat (außer dass einem vielleicht ein Superauftrag oder eine Liebeserklärung entgeht).

Wie diagnostizieren Sie den Zusammenhang zwischen Arbeit und psychischer Erkrankung?

Ich orte eine zunehmende Gier nach immer mehr Profit und als Kehrseite eine zunehmende Panik, aus der Gemeinschaft der Wirtschaft „Treibenden“ herauszufallen. Das eine führt im Extremfall zu Suchterkrankungen, das andere zu Zwangsstörungen. Genau deswegen ist es ja wichtig, zu betonen, dass zur „Fürsorgepflicht des Arbeitgebers“ auch die Beobachtung der Zumutbarkeit von Arbeitsaufträgen und -bedingungen gehört, nur: Man muss sie für diese Pflichtübernahme auch kompetent machen. Ich fordere, entwickle und publiziere ja schon seit Langem zur Salutogenese, bin aber erst von wenigen Firmen eingeladen worden, ihren ArbeitsmedizinerInnen mein Fachwissen zur Verfügung zu stellen. Das ist eben Neuland. Die meisten Menschen leben in dem Glauben, sie würden ohnedies stressvermeidend kommunizieren. Leider ist das ein Irrglaube. Ich empfehle dann immer mein Buch „Wort auf Rezept“ – dann erspart man sich die Beschämung, live und vielleicht sogar noch vor Publikum mit der eigenen Verbalgewalt konfrontiert zu sein.

Wie entscheidend sind unterschiedliche Kompetenzen der Arbeitskräfte, Stress zu bewältigen?

Ich warne davor, eine Rangliste der Resilienz – der Widerstandskraft – zu erstellen. Diejenigen, die „so viel aushalten“ sind nämlich meist diejenigen, die anderen gesundheitliche Schäden zufügen. Alexithymie – die Unfähigkeit, bei sich wie bei anderen Gefühle wahrzunehmen – ist im Zunehmen und mit eine Wurzel von Mobbing, anderen Formen von Gewalt und letztlich Burn-out, Bore-out und Erschöpfungsdepression, aber auch workplace violence.



Prof. Dr. Rotraud A. Perner ist Psychoanalytikerin und Juristin, Supervisorin und Strategischer Coach sowie Leiterin des Instituts für Stressprophylaxe & Salutogenese, Professorin für Gesundheitskommunikation und Prävention an der Donau Universität Krems i. R. und Gerichtssachverständige i. R.

Arbeitslosenversicherungsrecht 2013

Das 2. Stabilitätsgesetz 2012 (BGBl I 2012/35) hat zum Stichtag 1. 1. 2013 wieder einige Änderungen im Bereich des Arbeitslosenversicherungsrechts gebracht.

So wurde etwa die Arbeitslosenversicherungspflicht älterer Personen neu geregelt und die absolute Versicherungsgrenze für die Arbeitslosenversicherungspflicht nun durch die Vollenendung jenes Lebensalters definiert, das ein Jahr nach dem Mindestalter für die Korridorpension liegt.

Einer im Hinblick auf die Auswirkungen weitgehenden Novellierung wurde § 23 AIVG mit der Absicht unterzogen, die Inanspruchnahme von Pensionsvorschuss einzuschränken und nur mehr jenen Personen zu ermöglichen, die tatsächlich mit der Zuerkennung einer Pensionsleistung rechnen können. Den Kern der Neufassung bildet dabei die Bestimmung, wonach mit der Zuerkennung der Pensionsleistung wegen geminderter Arbeitsfähigkeit nunmehr nur dann zu rechnen ist, wenn ein ärztliches Gutachten der Pensionsversiche-

rung erstellt wurde und aufgrund dessen anzunehmen ist, dass Arbeitsfähigkeit nicht vorliegt. In diesem Zusammenhang bestimmt § 8 Abs. 4 AIVG (neu), dass Personen, die der Anordnung zur ärztlichen Untersuchung Folge leisten, für längstens zwei Monate von den Voraussetzungen der Verfügbarkeit und Arbeitswilligkeit befreit sind.

Eine neue Leistung aus der Arbeitslosenversicherung stellt der Ausbildungszuschlag gemäß § 20 Abs. 6 AIVG dar. Auch das Übergangsgeld nach Altersteilzeit (§ 39 AIVG) wurde an die pensionsrechtlichen Änderungen (Anhebung der erforderlichen Versicherungsmonate für die Korridorpension) angepasst.

Bei Altersteilzeitvereinbarungen, bei denen sich der Anspruch auf Altersteilzeitgeld zur Gänze auf Zeiträume nach dem 31. 12. 2012 bezieht, ist nun im Falle der Blockzeitvariante wieder die Einstellung einer Ersatzarbeitskraft zumindest während der Freizeitphase erforderlich. Bei kontinuierlicher Altersteilzeit kann diese nunmehr bis zum gesetzlichen Pensionsalter in Anspruch

genommen werden. Auch durch diese Möglichkeit soll ein Beitrag zur Anhebung des tatsächlichen Pensionsalters geleistet werden. Zu beachten ist jedoch, dass die höchstmögliche Dauer der Altersteilzeit nun auf fünf Jahre begrenzt ist.

Umfangreiche Änderungen des AIVG, des AMPFG und des AMSG erfolgten durch das Sozialrechts-Änderungsgesetz 2012 (BGBl I 2013/3). Zum überwiegenden Teil ist ein Inkrafttreten erst im Laufe des Jahres 2013 bzw. ab 1. 1. 2014 vorgesehen.

Mag. Günter Krapf ist Mitarbeiter der Abteilung Arbeitsmarkt der Arbeiterkammer Wien, Experte im Arbeitslosenversicherungs- und Arbeitsrecht und in diesen Bereichen als Fachautor tätig.

Mag. Jutta Keul ist Mitarbeiterin der Abteilung Arbeitsmarkt der Arbeiterkammer Wien, Expertin im Arbeitslosenversicherungs- und Arbeitsrecht, mit Schwerpunkt VwGH-Beschwerden.

Änderungen der Altersteilzeit ab 1. 1. 2013

Mit 1. 1. 2013 traten wieder Änderungen für die Altersteilzeit in Kraft: Bei einer geblockten Altersteilzeit muss während der Freizeitphase eine Ersatzarbeitskraft eingestellt werden, die Höchstdauer der Altersteilzeit wird generell mit 5 Jahren begrenzt und für eine kontinuierliche Altersteilzeit ist die Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen für eine Pension vor dem Regelpensionsalter kein Ausschlussgrund mehr.

Zu den Regelungen im Einzelnen

Wird Altersteilzeitgeld ausschließlich für Zeiträume nach dem 31. 12. 2012 zuerkannt, ist bei einer Blockzeitvereinbarung spätestens ab Beginn der Freizeitphase wieder die Einstellung einer Ersatzarbeitskraft erforderlich. Als Ersatzarbeitskraft gilt ein Lehrling oder eine bisher arbeitslose Person, die nicht nur vorübergehend arbeitslosenversicherungspflichtig beschäftigt wird.

Das Antrittsalter für die Altersteilzeit blieb gleich, für Frauen das vollendete 53. Lebensjahr, für Männer das vollendete 58. Lebensjahr, die Maximaldauer der Altersteilzeit wurde jedoch bei Beginn der Altersteilzeit nach dem 31. 12. 2012 auf 5 Jahre reduziert. Besteht vor dem Regelpensionsalter kein Pensionsanspruch, ist

es sinnvoll, die Altersteilzeit nicht zum frühesten Zeitpunkt, sondern erst 5 Jahre vor dem Regelpensionsalter zu beginnen.

Eine kontinuierliche Altersteilzeit kann unter Beachtung der Höchstdauer von 5 Jahren nun bis zum Regelpensionsalter dauern, und zwar auch dann, wenn die Anspruchsvoraussetzungen für eine Pension schon früher erfüllt sind. Für eine geblockte Altersteilzeit gibt es diese Möglichkeit nicht. Laufende kontinuierliche Altersteilzeitmodelle können einvernehmlich verlängert werden.

Besteht bei einer vor dem 1. 1. 2013 begonnenen Altersteilzeit nach dem beabsichtigten Ende der Altersteilzeit kein Pensionsanspruch, weil die Zahl der für die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer und für die Korridorpension benötigten Versicherungsjahre erhöht wurde, können sowohl kontinuierliche Altersteilzeitvereinbarungen als auch Blockzeitvereinbarungen einvernehmlich bis zum Zeitpunkt eines möglichen Pensionsanspruchs verlängert werden. In diesem Fall gilt die Be-

schränkung der Höchstdauer von 5 Jahren nicht. Kommt es zu keiner einvernehmlichen Verlängerung der Altersteilzeit, zahlt das AMS auf Antrag Übergangsgeld in der Höhe des sonst gebührenden Arbeitslosengeldes. Übergangsgeld wird ohne zeitliche Begrenzung so lang gezahlt, bis die Anspruchsvoraussetzungen für eine Pension erfüllt sind.



Dr. Erika Marek war mehr als 35 Jahre in der Sozialversicherungsabteilung der Arbeiterkammer Wien tätig und befasst sich vorwiegend mit Fragen der Pensionsversicherung und der Altersteilzeit. Sie ist Fachbuchautorin und Seminarreferentin.

Buchtipps

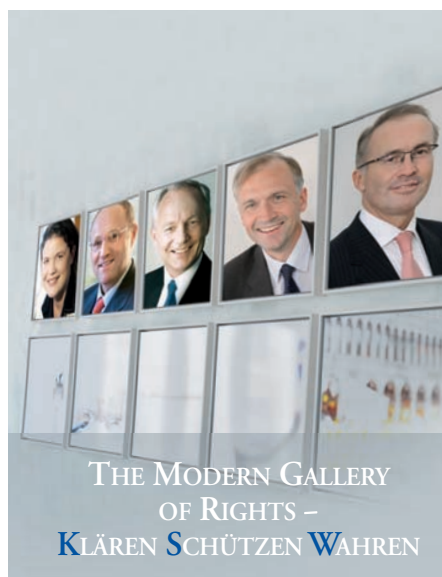
Altersteilzeit in Frage und Antwort

Marek
3. Auflage
Wien 2013, 128 Seiten
ISBN 978-3-7007-5397-1
Preis € 29,-



Arbeitslosen- versicherungsgesetz

Krapf/Keul
Loseblattwerk
Praxiskommentar
1.- 8. Lieferung in 2 Mappen
ISBN 978-3-7007-5305-6
Preis € 190,-



Wenn Sie sich mit unserem Claim identifizieren können und Sie Interesse an den Fachgebieten **Arbeitsrecht, Corporate M&A, Bank- und Kapitalmarktrecht und/oder Litigation** haben, dann senden Sie bitte Ihre Bewerbungsunterlagen an Frau DiplBew Sabine Haiderer, sabine.haiderer@ksw.at

RECHTSANWÄLTE OG

Kunz Schima Wallentin
Rechtsanwälte OG
Porzellangasse 4
A-1090 Wien
Tel.: +43(0)1-313 74-0
Fax: +43(0)1-313 74-80
E-Mail: office@ksw.at
www.ksw.at

Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Flexibilisierung – Mobilität – Zusatzqualifikationen

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt für Juristinnen und Juristen unterliegt zunehmender Flexibilisierung. Der Berufseinstieg gelingt vermehrt durch befristete oder projektbezogene Arbeitsverhältnisse oder freie Dienstverhältnisse. Der durchschnittliche Einstiegsgehalt für die juristischen Kernberufe liegt zwischen € 2.470,- und € 2.680,-, für WirtschaftsjuristInnen im Bankbereich € 1.920,- (gehaltskompass.at 02/2013).

Jurist/inn/en müssen sich vermehrt auf die Privatwirtschaft als Arbeitgeber einstellen. Der Bedarf in vielen Mittel- und Großbetrieben ist hoch, ebenso die Anforderungen, weshalb Spezialkenntnisse in den Bereichen Finanz- und Bankrecht, Arbeits-, Steuer- und Urheberrecht immer wichtiger werden. Zusatzqualifikationen wie MitarbeiterInnenführung, wirtschaft(srecht)liches Fachwissen, Managementfähigkeiten, interkulturelle Kompetenzen, Fremdsprachen sowie Auslandserfahrung haben steigende Bedeutung.

Die öffentliche Verwaltung tritt wegen der aktuell propagierten Sparpolitik und des Aufnahmestopps als Arbeitgeber zunehmend in den Hintergrund. Teilweise kommen auf eine ausgeschriebene Stelle bis zu 400 Bewerber/innen. Aufgrund der Einsparung öffentlicher Fördergelder reduziert sich auch das Stellenangebot von NGOs und NPOs. Universitäten vergeben überwiegend befristete Anstellungen. Günstig sind räumliche Mobilität und Erfahrung in der Privatwirtschaft.

Aufgrund der unsicheren Marktlage stagniert mittelfristig auch der Bedarf an Jurist/inn/en bei Banken und Versicherungen. Der Anteil von Jus-AbsolventInnen bei Neuaufnahmen durch Unternehmensberatungen ist mit rund 20% vielversprechend. Hier besteht ein Konkurrenzverhältnis zwischen AbsolventInnen der Rechtswissenschaften und AbsolventInnen des Fachs Wirtschaftsrecht bzw. Wirtschaft und Recht.

Beschäftigungssituation

2012 kletterte die Zahl der unselbstständig Beschäftigten in Österreich auf den neuen Rekordwert von 3.465.454 (WIFO-Prognose: jährl. Anstieg +0,9%). Stützen des Beschäf-

tigungswachstums sind die Rechts-, Steuer-, Unternehmensberatung sowie Werbung (+14.800 Beschäftigte bis 2016) und sind mit einem Wachstum von bis zu 2,9% pro Jahr deutlich dynamischer als die übrigen Dienstleistungsbereiche, die im Schnitt 1,1% pro Jahr wachsen.

Durch eine Verschiebung in der Beschäftigungsstruktur zählen die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung sowie das Finanz-, Kredit- und Versicherungswesen zu den Branchen, in denen eine besonders starke Ausweitung der Frauenbeschäftigung bis 2016 erwartet wird. Die Bereiche Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung und Werbung verzeichnen gesamt einen Frauenanteil von 63,6%. Wirtschaftstreuhänder- und Rechtsanwaltskanzleien beschäftigten in den vergangenen Jahren eine stabile Anzahl an Konzipient/inn/en (Frauenanteil: 46%). Begründet durch den allgemein steigenden Bedarf an Rechtsberatung stieg die Zahl der Anwältinnen und Anwälte um über 40% auf derzeit 5.600 (Frauenanteil: 19%).

Die Stellen für Richter/innen steigen jährlich um rund 80 Personen, 40 davon in Wien. Langfristig soll der Anteil an Richter/innen mit Migrationshintergrund auf rund 10 % ansteigen. Die Wartezeit auf ein Notariat beträgt 15 bis 18 Jahre. In Ballungszentren sind die Wartezeiten kürzer.

Arbeitslosigkeit

Per Ende 2012 gab es in Österreich gesamt 322.981 Arbeitslose (davon 14.627 mit akademischer Ausbildung). Zum gleichen Zeitpunkt waren 62.457 Personen in Schulungen des AMS (davon 2.633 Akademiker/innen | 147 Jurist/inn/en, davon 1 Bakk.). Von Arbeitslosigkeit waren Männer (204.681 | 63%) stärker als Frauen (118.300 | 37%) betroffen. 30% der Arbeitslosen wohnen in Wien.

Von den insgesamt 930 arbeitslosen Jurist/inn/en (davon 10 mit Bakkalaureatstudium | 8,91% Ausländer) waren ca. 45% in Wien gemeldet. Zum gleichen Stichtag gab es bundesweit 614 gemeldete offene Stellen für Jurist/inn/en und Wirtschaftsberater/innen (232 Wien, 106 OÖ, 90 Stmk | 39% Jurist/inn/en, 35% Wirtschaftsberater/innen, jeweils

13% Wirtschaftstreuhänder/innen und -verwalter/innen). Die Arbeitslosenquote der ausländischen Juristinnen im Alter von 25 bis 44 Jahre lag im Bundesdurchschnitt bei 14,3% (Wien: 19,7%), über alle Altersstufen bei 12% (Wien: 17%). Jene der ausländischen Männer bei 6,2% (Österreich) und 9% (Wien).

War im Zeitraum 2003 bis 2010 noch ein kontinuierlicher Rückgang der arbeitslosen Jurist/inn/en um insgesamt 14,56% auf 798 zu beobachten, so stieg die Anzahl seit 2011 um 13,26% etwa auf das Niveau von Ende 2004. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeitsepisoden war von 2007 (99 Tage) bis 2009 (86 Tage) rückläufig und stagniert nach einer Spitze im Jahr 2010 (90 Tage) auf 88 Tagen. In Wien fanden Jurist/inn/en 2012 bereits nach 81 Tagen wieder eine Stelle. Die Auswirkung von Schulungsteilnahmen kann aufgrund der Schwankungsbreite nicht abschließend beurteilt werden.

In der Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung ist mit 31,5% ein hoher Teilzeitanteil zu beobachten. Die Geschlechterverteilung der arbeitslosen Jurist/inn/en ist mit einem Frauenanteil von 47% in Gesamtösterreich – verglichen mit allen anderen Berufsgruppen – relativ ausgewogen. Bei der Gesamtzahl arbeitsloser Akademiker/innen sind Frauen mit 54% stärker repräsentiert. Durchschnittlich beträgt der Anteil der arbeitslosen Rechtswissenschaftler/innen an allen Studienrichtungen 8,2%, Tendenz fallend. Das ist Platz vier im Ranking. Spitzenreiter sind Personen mit Sozial- und wirtschaftswiss. Studienabschluss (2.563 | 47,5% Frauen). Platz zwei erreichen Naturwissenschaftler (1.637 | 59,4% Frauen) vor Phil.-Humanwissenschaftlern (1.286 | 67,9% Frauen). Im Mittelfeld befinden sich Architekturabsolvent/inn/en (524 | 39,9% Frauen) und Mediziner/innen (515 | 67,6% Frauen). 214 Personen mit Lehramtsstudium (70,1% Frauen), 138 mit Übersetzer- und Dolmetscherstudien (86,2% Frauen) und 99 Montanistikabsolvent/inn/en (25,3% Frauen) belegen die hinteren Plätze.

Autorin: Mag. Manuela Taschlmair

Wir bedanken uns für die vom AMS zur Verfügung gestellten Daten!

HIGH POTENTIAL DAY 2013



Summa cum laude, summa cum chance.

Die besten Absolventen des Jahres suchen die erfolgreichsten Unternehmen.

Die erfolgreichsten Unternehmen wiederum suchen die besten Absolventen des Jahres.

Und an einem Tag treffen sie zusammen: **am profil High Potential Day.** Der 25. Juni im Wiener Rathaus bringt für die hellsten jungen Köpfe fixe Gesprächstermine mit den Managern und Personalchefs österreichischer Top-Unternehmen – und **attraktive Jobangebote.**

Senden Sie uns einfach Ihre Bewerbung, die uns von Ihren Qualitäten überzeugt.

Jetzt bewerben unter www.profil.at/highpotential.

Anmeldeschluss: 14. April 2013

**Jetzt bewerben unter
www.profil.at/highpotential**

OPPORTUNITY

It will be challenging sometimes –
but it will spice up your life.



JOIN IN.

BINDER GRÖSSWANG

OPPORTUNITIES YOU CAN COUNT ON.

career.bindergroesswang.at